

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 5. Oktober 1979

13. Jahrgang

1 DM

In AKWs alle drei Tage ein Störfall

## Das Bonner Atom- programm muß fallen

Bundeskanzler und Länderchefs in einer Front

BONN. — Am Freitag, den 28. September haben sich Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf eine gemeinsame Strategie zum verstärkten Ausbau von Atomkraftwerken geeinigt, der durch den breiten Widerstand der Bevölkerung besonders gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ins Stocken gekommen war.

Kanzler und Länderchefs haben sich darauf verständigt, das Gorlebener Wiederaufbereitungsprojekt vorerst fallenzulassen. Stattdessen sollen die Arbeiten für die Endlagerung des Atomabfalls in den Salzstöcken des Landkreises Lüneburg-Dannenberg zügig vorangetrieben werden, so daß die endgültigen Beschlüsse Mitte der 80er Jahre gefaßt werden können und die Endlagerung bis spätestens Ende der 90er Jahre gewährleistet ist.

Für die Zwischenzeit haben sich die Länderchefs bereiterklärt, eine ausreichende Anzahl von Zwischenlagern zu errichten. Die Regierungschefs gehen davon aus, mit diesem gemeinsamen Beschluß alle rechtlichen Voraussetzungen für den Bau weiterer Atomkraftwerke geschaffen zu haben. Verschiedenen Projekten war die Baugenehmigung mit Hinweis auf

die nicht gesicherte „Entsorgung“ entzogen worden.

Was die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage betrifft, so ist man so verblieben, andere Standorte als Gorleben in die Planung miteinzubeziehen.

Inzwischen hat die westdeutsche Industrie den Kompromiß begrüßt. Laut BDI ist der Ausbau der Atomenergie „unverzichtbares Element gegenwärtiger und künftiger Energiepolitik“. Sollte es der Bundesregierung gelingen, ihr Atomprogramm gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, so könnten die Energiemonopole mit einer milliardenschweren Profitwelle rechnen, die allerdings mit der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung erkauft würde.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

teilte vergangene Woche in Karlsruhe mit, daß die Bundesregierung die Mehrzahl aller AKW-Störfälle verheimlicht. Hatte Bonn für 1976 insgesamt vierzehn Störfälle bekannt gemacht, so waren es in Wirklichkeit 139. Unter diesen katastrophalen Verhältnissen ist es mörderisch, den Ausbau der Atomenergie voranzutreiben. Im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung und im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist es im Gegenteil erforderlich, das gesamte Bonner Atomprogramm zu stoppen. Die Perspektive für diesen Kampf weist das Aktionsprogramm der KPD/ML:

**Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke! Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis!**



**Proteste gegen Strauß** gab es auch in Bremen, wo der Unionsführer vergangene Woche im Bürgerschaftswahlkampf auftrat. Nach dem heißen Empfang, der Strauß im Ruhrgebiet bereitet worden war, hatte die Bremer CDU darauf verzichtet, ihren Einpeitscher aus München unter freiem Himmel auftreten zu lassen. Stattdessen sprach Strauß in der Stadthalle, die von Polizeiketten und Sperrgittern hermetisch abgeriegelt war. Vor der Halle fanden sich 8000 Straußgegner ein, die mit Pfeifkonzerten und Sprechchören die per Lautsprecher auf den Platz übertragene Rede des Kanzlerkandidaten übertrönten.

Zuvor hatte es auch in Bremerhaven massive Proteste gegen das Auftreten von Strauß gegeben. (Siehe auch Artikel auf Seite 8)

Still, Hamburg:

## 400 Kollegen im Warn- streik für Nachschlag

HAMBURG. — Am 24.9. streikten 400 Kollegen bei Still in Hamburg für 40 Minuten, um ihrer Forderung nach 900 Mark Nachschlag Nachdruck zu verleihen.

Der Vertrauensleutekörper hatte beschlossen am 24. September eine Aktion für Nachschlag durchzuführen. Denn an diesem Tag kam Dr. Meinhard, der Vorsitzende des Lindekonzerns, zu dem Still gehört, nach Hamburg. Der Zweck seines Besuchs war es, vom Betriebsrat die Zustimmung für Zwangsurlaub, die Schaffung einer eigenen Betriebskrankenkasse und Überstunden zu erhalten. Nach dem Frühstück zogen 400 der 1400 Beschäftigten zur Verwaltung und stellten stattdessen ihre Forderungen. Darunter waren ungefähr 60 Prozent türkische Kollegen.

Als die Kollegen zur Verwaltung kamen, sprachen der Betriebsrat und ein Jurist der Geschäftsleitung zu ihnen. Während der Betriebsrat zunächst vor allem die Schwierigkeiten aufzählte, die Nachschlagsforderungen durchzusetzen, erhielt er dann Beifall,

als er die Pläne Meinhards enthielt. Der Jurist erntete mit seinen Aufforderungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil es keine gesetzliche Grundlage für diese Handlung gäbe, nur Protest.

Auch die zweite Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde ignoriert, die Kollegen blieben vierzig Minuten da und hatten am Ende ein Zugeständnis erreicht. Das Weihnachtsgeld soll um 10 Prozent erhöht werden, versprochen wurde auch noch 30 Prozent im Frühjahr.

Einen Nachschlag lehnte Meinhard aus prinzipiellen Gründen ab, dies sei sowieso nur eine Forderung der RGO mit der er nicht verhandele. Damit spricht er auf die Tatsache an, daß die RGO Forderung und Aktionen von Beginn an, die ganze Zeit, sehr aktiv unterstützt hat. Eben weil es eine Forderung der Kollegen war und ist.

## Bürger demon- strieren gegen Giftgaskandal

HAMBURG. — Die Bürgerinitiative Giftmüllskandal Lurup-Eidelstedt hatte für Freitag, den 28. September zu einer Demonstration aufgerufen, um den Forderungen der Bürger nach umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen und vollständiger Aufklärung zu bekräftigen.

Bis zur Abschlussskundgebung vor dem Rathaus hatten sich etwa 2000 Menschen in die Demonstration eingereiht. Daß sich trotz wiederholter Aufforderung kein Senatsvertreter blicken ließ, rief große Empörung unter den Demonstranten hervor. (siehe auch S. 9)

## Giftgas in der Ostsee

BONN. — Der Hamburger Giftgaskandal hat eine wahre Kettenreaktion von Schreckensmeldungen hervorgerufen.

Nach bisher unbestätigten Meldungen sollen nach Kriegsende mindestens 200000 Giftgasgranaten in der Ostsee versenkt worden sein. Unter anderem soll es sich dabei um Tabun und Phosgen handeln. Bereits 1970 waren Kinder erheblich verletzt worden, als sie mit an Land gespülten durchgerosteten Gelbkreuzgranaten in Berührung kamen.

## Genosse Hysni Kapo gestorben



Am 23. September ist nach schwerer Krankheit der Genosse Hysni Kapo gestorben. Er war Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Mit ihm verlieren die PAA und das albanische Volk einen

ihrer hervorragendsten Führer.

Der Genosse Hysni Kapo war einer der Begründer der PAA. Im Nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes gegen die italienischen und deutschen Besatzer trat er als antifaschistischer Kämpfer von hohen Qualitäten auf. Von Anfang an war er Mitglied des Generalstabs der Nationalen Befreiungsarmee.

Nach der Befreiung des Landes wurde der Genosse Hysni Kapo mit verschiedenen hohen Ämtern in Partei, Staat und Armee betraut. Stets erwies er sich als unerschütterlicher Kämpfer für den Sozialismus, für den Triumph des Marxismus-Leninismus.

(Ein Nachruf auf den Genossen Hysni Kapo ist auf S. 10 abgedruckt.)

Zimbabwe (Rhodesien)

## London diktiert Konferenzverlauf

LONDON. — Den gesamten Verlauf der Konferenz über Zimbabwe bestimmen die englischen Oberherren des Regimes. Nach verschiedenen Windungen haben jetzt die Führer der Patriotic Front, Nkomo und Mugabe, dem britischen Vorschlag für die neue Verfassung zugestimmt.

Diese dreiseitige Konferenz, an der die Regierung Muzorewa/Smith, die Patriotic Front und die britische Regierung teilnehmen, war einberufen worden, weil in Zimbabwe selbst die Lage immer kritischer wurde. Der Widerstand gegen die Scheinwahlen vom April des Jahres, gegen die Regierung Muzorewa, die eine schwarze Fortsetzung des weißen Kolonialregimes bedeutet, war immer stärker geworden. Den Führern der Patriotic Front, die an der Spitze dieses Widerstands standen, ging es aber offensichtlich nur darum, selbst an der Machtausübung beteiligt zu werden.

In der entscheidenden Frage, der reservierten Par-

lamentssitze für die weiße Minderheit haben Nkomo und Mugabe jetzt den Vorschlag der britischen Organisatoren der Konferenz angenommen. 20 Prozent aller Sitze gehören von vornherein den 3 Prozent Weißen, die vor allem Großgrundbesitzer und Industrielle sind. Die Delegation der Patriotic Front hatte während der Konferenz mehrmals mit Regierungen der Nachbarstaaten konferiert, in denen der britische Einfluß ebenfalls sehr stark ist. Die bisherigen Ergebnisse der Konferenz, so meldete die Presse, habe bei den Beamten des britischen Foreign Office (Außenministerium) eine „wahre Euphorie“ ausgelöst.



Regierungssoldaten im Einsatz gegen Patrioten

## Kommentar

„Eine solch schlechte Wahlbeteiligung hat es bis heute in Essen — außer bei der Europawahl — noch nicht gegeben.“ So klagte Essens Oberstadtdirektor Finkemeyer, als am Sonntagabend die Stimmen zur Kommunalwahl ausgezählt waren. Aber nicht nur in Essen, auch in den anderen Städten an Rhein und Ruhr zeigte man sich „tief betroffen“ über die äußerst niedrige Wahlbeteiligung. Mit 67 Prozent lag sie im Landesdurchschnitt noch unter dem Ergebnis der Eurowahl und weit unter dem der letzten Kommunalwahl in NRW (85,8 Prozent).

zuführten, mit der sie es verstanden hat, sich teilweise den falschen Schein einer wirklichen Alternative zu den Bonner Parteien zu verschaffen.

Die Grünen dagegen haben ihre größten Erfolge nicht im Ruhrgebiet selbst, sondern in den Randbezirken errungen. Sie haben zudem in erster Linie kleinbürgerliche Schichten angesprochen und einen hohen Stimmenanteil vor allem dort erreicht, wo es Proteste gegen Atomlagen, aber auch den Bau von Kohlekraftwerken, Autobahnen usw. gegeben hatte. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß die Grünen nicht

## Kommunalwahl in NRW

Der Schock über dieses Ergebnis saß ihnen noch in den Gliedern, da hatten die Wahlstrategen der Bonner Parteien den Schuldigen daran schon ermittelt: das gute Wetter. Gewiß, an diesem Sonntag waren Hunderttausende von Werktätigen aus dem Ruhrgebiet und den Ballungsräumen am Rhein ins Grüne gefahren. Daß sie es jedoch nicht für nötig hielten, vor dem Auszug noch ihr Kreuzchen auf die Wahlscheine zu machen, zeigt doch nur eins: Ein Drittel der Wahlberechtigten maß dem Gang zur Urne offenbar keine oder nur eine geringe Bedeutung zu. So muß man denn den Ausgang dieser Wahl als einen neuen Ausdruck dessen werten, was die bürgerlichen Parteien seit einiger Zeit als „allgemeine Staatsverdrossenheit“ beklagen.

Neben der niedrigen Wahlbeteiligung wies die Kommunalwahl in NRW eine weitere Besonderheit auf. Das war das lokal gute Abschneiden von Listen der Grünen und der DKP. Die Grünen, die zum ersten Mal kandidierten, zogen in acht Stadträte ein. Die DKP, die vorher schon in Bottrop und Gladbeck vertreten war, konnte in drei weiteren Städten Ratssitze gewinnen. Auch dieses Ergebnis, das trotz der reaktionären Fünf-Prozent-Klausel zustande kam, zeigt deutlich ein massives Unbehagen an der Politik der Bonner Parteien.

Gewiß haben beide Gruppen Proteststimmen von Werktätigen auf sich gezogen. Dennoch gibt es auch Unterschiede. Die örtlichen Erfolge der DKP sind wohl auf die langjährige intensive Kleinarbeit dieser Partei in Betrieb und Stadtteil zurück-

nur der SPD, sondern auch den anderen Bonner Parteien Stimmen abgenommen haben. In Ahaus etwa, wo ein Zwischenlager für Kernbrennstäbe liegt, konnte eine Unabhängige Wählergemeinschaft spektakuläre 25,5 Prozent erringen; die CDU verlor dort 20 Prozent und die SPD vier Prozent.

Was die beiden großen bürgerlichen Parteien betrifft, so konnten sie im Wesentlichen die Ergebnisse aus den letzten Kommunalwahlen halten. Die provokatorischen Auftritte des Kanzlerkandidaten Strauß blieben ohne nennenswerte Auswirkung auf den Wahlausgang. Das zeigt aber nur — wie auf der anderen Seite auch das örtlich sehr unterschiedliche Abschneiden von DKP und Grünen —, daß es hier in erster Linie um kommunale Probleme gegangen ist. Es wäre also falsch, irgendwelche voreiligen Schlüsse auf die kommende Bundestagswahl zu ziehen, zum Beispiel in der Form, daß auch dort eine niedrige Beteiligung zu erwarten wäre. Der Anspruch des Reaktionärs Strauß auf die Regierungsübernahme in Bonn wird mit Sicherheit zu einer „Polarisierung“ — für oder gegen Strauß — führen. Und die SPD wird die Abneigung der Werktätigen gegen den CSU-Mann und sein Programm dazu ausnutzen, um in einer falschen Alternative auch noch die letzte Stimme für Schmidt zu mobilisieren. Für uns wird es dann darauf ankommen zu zeigen, daß Strauß nicht durch das Wahlkreuz für die SPD gestoppt werden kann, sondern nur durch die selbständige Aktion der Werktätigen gegen Reaktion und Faschismus.

## Subventionsbericht der Regierung

### Vorteile nur für die Reichen

Abermilliarden an Steuern erlassen

BONN.— Vor kurzem veröffentlichte die Bundesregierung ihren neuesten Subventionsbericht für die Jahre 1977 bis 1980. Ein öffentliches Dokument aus dem, trotz aller Retuschen, deutlich hervorgeht, daß die wahren Nutznießer von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nur die Unternehmer, vor allem die großen Monopole, sind.

Wenn man diesen weitläufigen und über 300 Seiten starken Bericht durchblättert, fällt zunächst vor allem auf, in welcher unklarer Sprache, mit welchen verworrenen Ausdrücken er formuliert ist. Das ist natürlich ein Versuch, die Dinge zu beschönigen. Aber die nackten Zahlen sprechen eine so eindeutige Sprache, daß dies nicht ganz gelingt.

So wird zum Beispiel der ganze Posten „Förderung der Gewerblichen Wirtschaft“ in vier Jahren mit nur 12 866 000 000 (12,866 Milliarden) Mark angegeben, sicherlich sehr untertrieben. Aber davon erhielt der Bergbau allein, ohne Zahlungen an die Bergarbeiter, über 6 Milliarden Mark.

Den Zechenherren der Ruhrkohle AG, den Stahlmonopolen vor allem also, wurde faktisch jede Investition, jeder Posten finanziert.

Finanziell stark gefördert wurde auch die Luftfahrtindustrie, wo es ja schon lange Bestrebungen gibt, die westdeutsche militärische Macht durch eine starke Flugzeug- und Raketenindustrie zu erhöhen: Sie erhielt die Hälfte aller Subventionen, die an „einzelne Gewerbebetriebe“ gingen: über 1,1 Milliarden Mark. Rund eine Milliarde Mark betrug auch die Beihilfe für die direkte Forschung und technologische Entwicklung der Unternehmen.

Die ganze Verlogenheit sol-

cher Berichte, aber auch der offiziellen Haushaltsangaben der Bundesregierung, zeigt sich an einer ganzen Reihe von Beispielen. So wird in dem Bericht geschrieben, es seien insgesamt rund 4,8 Milliarden Mark für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben worden. Betrachtet man die genaue Aufschlüsselung, stellt man fest, daß noch nicht einmal 10 Prozent dieses Geldes wirklich den Werktätigen zugute kommt, als Rückzahlung ihrer horrenden Steuern, sondern die Gemeinden, Wohnungsbaugesellschaften und Großgrundbesitzer die Nutznießer sind.

Ein weiteres Beispiel: Unter dem Posten Förderung von „Ernährung, Land- und Forstwirtschaft“ tauchen unter anderem 51,2 Millionen Mark auf, die „Vergütung an Banken für Verwaltung von Bundesmitteln“ sind. 1 Million Mark wurde für die „Rodung von Obstbäumen“ bezahlt.

Von den rund 110 Milliarden Mark, die ausschließlich Unternehmern und deren Verbänden an Steuern erlassen wurden, wurden ihnen von der Bundesregierung allein etwa 52 Milliarden Mark nachgelassen.

Daß dies keineswegs dazu dient, die Teuerung zu begrenzen, zeigt die Vorgehensweise der Fluggesellschaften, die ihre Preise vor kurzem erhöht hatten, angeblich wegen gestiegener Kerosinkosten, während die Bundesregierung

ihnen 1,4 Milliarden Mark an Mineralölsteuer erlassen hat.

Gerade die Mineralölsteuer, für alle Werktätigen eine drückende Last, die im letzten Jahr immerhin die Summe von über 19 Milliarden Mark Steueraufkommen erreichte, beweist besonders deutlich, wie hier den Unternehmern Milliarden zugestüst werden.

Von der Mineralölsteuer sind zahlreiche Verwendungsarten befreit. Schweröle zum Betrieb von Schiffen, Luftfahrtsbetriebsstoffe, Petrolkoks zur Verkokung von Steinkohle, Mineralöl für Probelaufe von Ausfuhrmotoren, Schweröl und Flüssiggas zum Antrieb von festen Anlagen, die zur Erzeugung von Wärme und Strom dienen — kurz: In allen Bereichen, in denen große Monopole viel Öl benötigen, wird die Steuer erlassen. Die Summe der Steuergeschenke beim Öl beläuft sich auf über 2,1 Milliarden Mark.

Dieser ganze Subventionsbericht unterstreicht noch einmal die Berechtigung der Forderungen, wie sie unter den Werktätigen seit langem verbreitet sind, wie sie unsere Partei in ihrem Aktionsprogramm formuliert hat:

• Senkung der Lohnsteuer und der Besteuerung niedriger Einkommen! Rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten! Abschaffung der indirekten Steuern!

## Herstellerfirma widerlegt Bundesinnenministerium

### Neue Ausweise — mit 90 000 Polizeicomputern verbunden

Ein Schritt zum totalen Polizeistaat

BONN.— Während vom Innenministerium seit über einem Jahr alle Befürchtungen in bezug auf die neuen Personalausweise und Pässe als gegenstandslos bezeichnet werden, hat jetzt eine Mitteilung der Herstellerfirma von Beleglesern Licht auf die Tatsache geworfen, daß in Zukunft jeder Ausweis von Polizeicomputern gelesen werden kann.

Während der Hochzeiten der Terroristenhetze war vom Innenministerium der Plan geschmiedet worden, ein langerehntes Projekt zu erfüllen: Auf den Ausweisen und Pässen sollten verschlüsselte Angaben über den Inhaber abgedruckt sein, Personenkennzeichen. Dagegen hatte es eine Welle von Empörung gegeben, und auch verschiedene offizielle Stellen waren nicht ganz damit zufrieden, weil es doch allzu sehr an die Kennzeichnung der Juden im Dritten Reich erinnerte.

Jetzt brachte ein Bericht des Spiegel die Verlautbarung der Herstellerfirma über ihren geplanten Absatz an Lesegeräten: Nach 1984, wenn die Einführung der neuen Ausweise abgeschlossen sein wird, wollen sie 90 000 Stück verkauft haben! Der Manager der „Recognition Equipment Incorporation“ (REI), G. König, betonte dabei, der neue EDV-gerechte Ausweis, dessen Daten, „wenn man so will, ein Personenkennzeichen darstellen“, könne auch Scheckkarten und Betriebsausweise ersetzen.

Diese Beleglesegeräte werden in Streifenwagen und Grenzstationen vorhanden sein. Mit ihnen können direkt und massenhaft Daten aus dem bundesweiten Informationssystem der Polizei abgerufen werden!

Als Beispiele werden angeführt: Ausreiseverbot für

Alimentenschuldner und politisch mißliebige Bundesbürger, kriminalpolizeiliche Feststellungen wie Gewalttätigkeit und Beschattungsanweisungen für die beobachtende Fahndung der politischen Polizei und der Geheimdienste.

Eine elektronische Mauer um die Bundesrepublik, weniger auffällig als jene in Berlin, aber auch wirksam, und die Voraussetzung für ständige Polizeikontrollen durch jede Streifenwagenbesatzung werden damit geschaffen.

Die neuen Ausweise, wenn sie in dieser Form durchgesetzt werden, stellen einen großen Schritt dar in die Richtung auf den totalen Polizeistaat, die

völlige Überwachung der Bevölkerung.

Das tiefe Mißtrauen, das heute breite Teile der Werktätigen gegen diese Pläne haben, muß unbedingt mobilisiert werden.

Die Forderungen, die die KPD/ML in ihrem Aktionsprogramm erhoben hat, müssen durchgesetzt werden:

• Vernichtung der Datenbanken!  
• Aufhebung aller Gesetze und Verbot aller Praktiken, durch die die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, das Brief- und Fernmeldegeheimnis sowie das Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt oder aufgehoben werden!

## Beleidigungsklage gegen KPD/ML-Betriebszeitung

HAMBURG.— Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gegen die Genossin Ina Reese, presserechtlich verantwortlich für die Hafenzeitung der KPD/ML *Frischer Wind* Beleidigungsklage erhoben. Der *Frische Wind* hatte unter anderem über Strauß geschrieben: „Kaum ein Politiker hat soviel Dreck am Stecken. Fibag-Affäre, Starfighter, Panzer HS 30, Spiegel-Affäre, Schmiegelder und dunkle Geschäfte.“ Ferner heißt es: „Strauß, Carstens und Stücklen, eine gefährliche Gang, die deutlich zeigt, wo's langgehen soll.“ Ein Prozeßtermin ist noch nicht bekannt.

## CSU-Parteitag fordert Verbot revolutionärer Organisationen

NÜRNBERG.— Vom 28. bis 29. September fand in der Stadt der Reichsparteitage der CSU-Parteitag statt. Franz Josef Strauß wurde mit 857 von 866 gültigen Stimmen in seinem Amt als Parteichef bestätigt. Die Delegierten forderten einmütig die Verschärfung des Paragraphen 218, setzten sich für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Hess ein und forderten den Bundestag auf, „alle politisch und rechtlich möglichen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot aller verfassungsfeindlichen, linksextremistischen und kommunistischen Gruppen und Parteien herbeizuführen.“

## Bahr klagt gegen Strauß

BONN.— Nachdem die SPD-Führung sich wiederholt von den Protestaktionen gegen Strauß mit aller Entschiedenheit distanziert hat und sie sogar zusammen mit Strauß als Krawalle denunziert hat, will sie sich auch noch gerichtlich bestätigen lassen, daß sie mit dem antifaschistischen Kampf gegen den neuen Führer aus Bayern nichts zu tun hat.

Den Anlaß dazu bietet eine Strauß-Außerung aus Herne, wo dieser den SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr als Hauptdrahtzieher der Anti-Strauß-Aktionen entdeckt haben will. Bahr will nun mit ausdrücklicher Billigung der SPD-Führung diesen Vorwurf gerichtlich widerlegen lassen. Offensichtlich ist die Furcht der SPD-Bonzen vor dem antifaschistischen Kampf größer als die Angst, von Strauß eventuell von den Regierungsposten verjagt zu werden. Die Verhandlung Bahr gegen Strauß findet am 3. Oktober in Bochum statt. Das Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

## Strauß contra Rote Garde

DORTMUND.— Am 6. Oktober findet vor dem Nürnberger Landgericht die erste mündliche Verhandlung über die einstweilige Verfügung statt, die Strauß bei einer Straffandrohung von 500 000 Mark gegen den 1. Sekretär der Roten Garde verhängt hat. Ihm wurde unter anderem verboten, Strauß den „Hitler von heute“ zu nennen. Ferner wurde ihm untersagt zu behaupten: „Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg.“

## Aus dem Inhalt

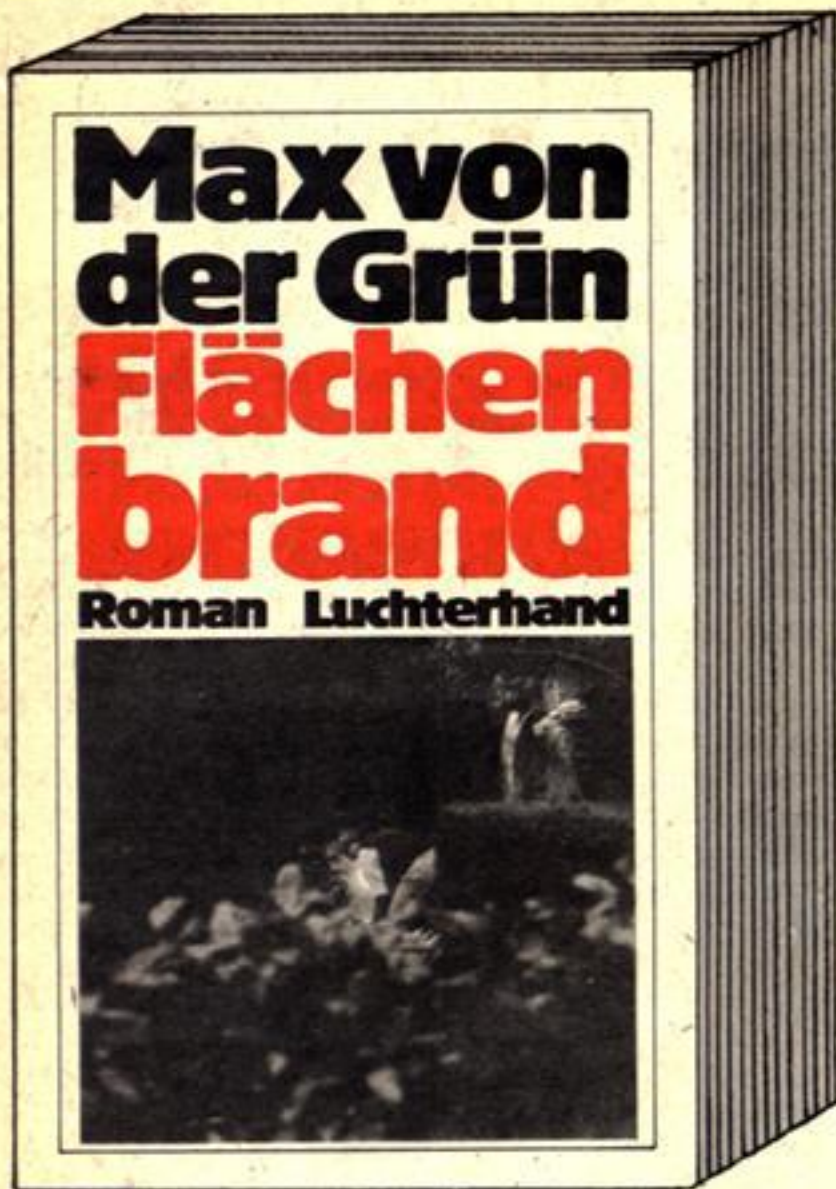
|                               |   |                               |    |
|-------------------------------|---|-------------------------------|----|
| CDU-Delegation beim DGB...    | 4 | gesetzte                      | 7  |
| GEW ruft Lehrer zum Streik... | 4 | Türkischer Revolutionär in    |    |
| Den Willen der Mitglieder     |   | Holland ermordet              | 7  |
| durchsetzen                   | 4 | 60 Jahre Giftgasproduktion... | 9  |
| DGB-Bonzen kneifen            | 4 | Albanien trauert um Genos-    |    |
| 10 Jahre Septemberstreiks     |   | sen Hysni Kapo                | 10 |
| '69                           | 5 | Betrachtungen über China      |    |
| Rebmann fordert weitere       |   | Auszüge aus dem Buch des      |    |
| Verschärfung der „Terror-     |   | Genossen Enver Hoxha          | 11 |

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Eine mobile Datenstation in einem Polizeiwagen



Flächenbrand ist ein Buch, das man nur empfehlen kann. Max von der Grün, Flächenbrand, 360 Seiten, 32 Mark, Luchterhand-Verlag

Max von der Grün: „Flächenbrand“

## DIE ARBEITER SPIELEN DIE HAUPTROLLE

„Frank hatte zweimal schnell hintereinander geschossen. Er schoß in dem Augenblick, als wir uns einig geworden waren, nicht zu schießen. Ich stand, wie gelähmt, als die zwei dumpfen Schläge durch den Wald blafften; dann rannte ich einfach fort, ohne mich nach Frank umzusehen. Nur fort, versinken, unsichtbar machen oder einfach in Luft auflösen, und beim Laufen hörte ich die beiden Schüsse tausendfach an meine Ohren trommeln.“ — Mit diesen Sätzen beginnt der neue Roman von Max von der Grün: *Flächenbrand*. Es geht um Arbeitslosigkeit und Neonazismus, um profitable Sanierungsprojekte und um die Enttäuschung über eine Partei, die einmal die Hoffnung der handelnden Personen war: die SPD. Die Spannung hält bis zur letzten Seite an.

Die Schüsse, mit denen die Handlung startet, sind Warnschüsse. Sie gelten einem Bauunternehmer, der seine Firma gewinnträchtig in den Bankrott gesteuert hat. Durch den Bankrott sind die Maurer Frank und Lothar — letzterer in der Rolle des Erzählers — seit sieben Monaten arbeitslos. Lothar nimmt eine Gelegenheitsarbeit an, die ihn auf die Spur einer neonazistischen Vereinigung führt. Später wird er Friedhofswärter, und wieder stößt er auf Spuren der Nazis. Seine Tochter Claudia, die nach dem Abitur keinen Studienplatz bekommt, verschwindet eines Tages, und auch ihr Verschwinden hängt mit den Neonazis zusammen. Lothar sieht sich zum Handeln gedrängt. Mit seinen Freunden tritt er denen entgegen, „die das Feuer schüren“.

Da ist zum Beispiel der Unternehmer Balke. Einer der Drahtzieher der neonazistischen „Vereinigung zur moralischen und sittlichen Erneuerung Deutschlands“, ist er gleichzeitig der Betreiber des Abrisses der Nordsiedlung, der Vernichtung menschlichen

Wohnraums um seines Profits willen. Neonazismus, Bodenspekulation und Arbeitslosigkeit erscheinen in von der Grüns Roman miteinander verbunden; sie breiten sich aus wie ein Flächenbrand. Zwischen den Feuerwänden agieren Lothar und seine Freunde.



### - Literaturkritik -

Eindrucksvoll und treffend ist die Schilderung der Arbeitslosigkeit Lothars. Zunächst vergeblich sucht er nach Arbeit; er versucht Lösungen zu finden, während die Arbeitslosigkeit seine Existenz, sein gewohntes Leben in seiner Familie angreift und zu zerrütten droht. Die Situation der Arbeitslosigkeit ist der Unterbau, auf dem sich die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus erhebt.

Nicht so gut gelungen erscheint die Verbindung der beiden Problemkreise: Neonazismus und Abbruch der Nordsiedlung. Die Nordsiedlung kommt erst im letzten Drittel des Romans stärker ins Spiel, und der Kampf gegen ihren Abbruch tritt in Konkurrenz zu dem Kampf gegen den Neonazismus. Die Handlung verläuft am Ende unschlüssig zwischen diesen Brennpunkten und entscheidet sich nicht. Dem Autor war das Dilemma bewußt — vielleicht hat er es auch gewollt? — denn er läßt einen seiner Helden sagen: „Ihr müßt euch beide erst mal darüber klar werden, was ihr gemeinsam wollt... der Frank... hängt an der Nordsiedlung, die nicht mehr zu retten ist, Lothar will aber mehr, er will nämlich sich und anderen beweisen, daß es Kräfte in unserem Land gibt,

die eines Tages, wenn man sie nicht ernst nimmt, dieses Land wieder dorthin führen, wo wir schon mal gewesen sind...“

Der Neonazismus, wie von der Grün ihn in seinem Roman schildert, bleibt — bei allen aufgezeigten Verbindungen zur „Geschäftswelt“ — eine Spur zu unwirklich, geheimnisvoll, abgeschnitten von seinen Gründen und Quellen. Das mag einmal mit der Person Claudia zusammenhängen, der Tochter Lothars, die vorübergehend zu den Neonazis stößt. Die Gründe für ihren Schritt bleiben dem Leser unverständlich, während er sich dagegen zum Beispiel in ihr Verhältnis zu ihrer Mutter, ihrem Vater etc. gut hineinversetzen kann. „Ich habe aus Abenteuerlust mitgemacht“, sagt sie unter anderem, und: „Es ist soviel faul in diesem Staat, warum soll ich da nicht mitmachen“.

Vor allem aber scheint problematisch, wie Lothar und seine Freunde das Problem der neonazistischen „Vereinigung“ lösen: nämlich mit Hilfe der Polizei. Sicher mag es einzelne Beamte wie die von Max von der Grün beschriebenen geben, aber typisch ist ihr Verhalten nicht. Denn ohne den Staat und seine Polizeiorgane, ohne die direkte und indirekte Förderung, den Schutz und die Unterstützung, die die Neonazis von Staat und Polizei erfahren, wären sie nicht denkbar.

Die genannten Mängel können jedoch die positive und antifaschistische Grundtendenz des Buches, seine anklagende und aufrüttelnde Aussage nicht verwischen. Von der Grün zeigt, was in der hiesigen „renommierten“ Literatur kaum zu finden ist, Arbeiter als handelnde Figuren. Die Arbeiter spielen die Hauptrollen. Und die handelnden Arbeiter führen den Leser durch alle gesellschaftlichen Schichten und Klassen, sie zeigen ihm eine ganze bunte Galerie gesellschaftlicher Typen aus ihrer Sicht: etwa den Wirt Bajazzo, den pensionierten Kriminalbeamten Bauschulte, die Bibliothekarin Helen — Lothars Frau —, die Hausbesitzerin Pfeifer, die Bauunternehmer Balke und Bäuerlein, den neonazistischen Geschichtslehrer Wurm und viele andere.

Wie auch in seinen anderen Romanen und Erzählungen sind die Personen in *Flächenbrand* aktive, handelnde, selbstbewußte Menschen. Sie gewinnen schnell die Sympathien des Lesers. Sie zeigen ihm seine eigene Existenz im Spiegel, führen ihm seine Probleme, Zweifel und Sehnsüchte vor Augen. Sie kämpfen gegen immer neu sich auftürmende Widrigkeiten, gegen große Widrigkeiten wie die Arbeitslosigkeit und den Neonazismus, gegen kleine, familiäre, persönliche aber ebenso drückende Widrigkeiten, die aus ihrer Lage als Arbeiter entspringen. — Immer, trotz aller Zweifel, sind sie doch optimistisch; sie sind, wie ihr Autor, Kämpfer gegen reaktionäre Handlungen und Meinungen, gegen Vorurteile, die das Leben — das politische wie das persönliche — noch immer vergiften.

So sagt Lothar, der aus der SPD ausgeschlossen wurde, über seinen Ausschuß: „Gefeuert, weil ich auf einer Veranstaltung öffentlich gesagt habe, die Kommunisten haben recht, und es ist nicht deshalb falsch, weil es von Kommunisten gesagt wird, dagegen habe ich mich zur Wehr gesetzt, denn es ist doch so, wenn in diesem Land Kommunisten sagen, zwei mal zwei ist vier, dann lassen unsere Parteien gleich neue Rechenbücher drucken.“



Die Gruppe Kabarett K aus Mülheim bei einem Straßenauftritt

22. bis 29. September

## 2. Amateurtheaterfestival in Oberhausen

Politisch engagierte Thematik dominierte

Oberhausen. Vom 22. bis 29. September fand in Oberhausen das 2. Amateurtheaterfestival statt. Fast 30 Amateurtheatergruppen traten auf. Gespielt wurde im Saal und auf der Straße; es gab Diskussion, Erfahrungsaustausch, Workshops.

Auf dem Festival dominierten in diesem Jahr wieder klar die Gruppen mit gesellschaftlich engagierter und politischer Thematik. Gegenüber dem Vorjahr war festzustellen, daß die künstlerische Qualität der Gruppen besser und ihre Aussagen treffender und schärfer geworden waren. Besonders deutlich zeigte sich dies an der Gruppe Kabarett K aus Mülheim.

Auf dem 2. Amateurtheaterfestival war keine der DKP oder dem DGB-Apparat nahestehende Amateurgruppe vertreten. Nachdem auf dem vorjährigen Festival auch der DGB-Apparat mit Kritik nicht verschont worden war, forderte ein DGB-Vertreter für dieses Jahr den Ausschuß der „Chaotengruppen“. Dies wurde von den Organisatoren jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, auf dem Festival gäbe es keine Zensur. Darauf erklärte der DGB-Vertreter, daß man es sich in Anbetracht dieser Umstände überlegen müsse, ob eine Teilnahme in diesem Jahr in Frage käme. Gesagt, getan.

Ungeachtet dieses Boykotts jedoch wurde das Amateurtheaterfestival in diesem Jahr wieder ein Erfolg. Alle Veranstaltungen wurden — vor allem von Jugendlichen — gut besucht.

Auf dem Amateurtheaterfestival wurden zahlreiche neue und gelungene Stücke und Lieder vorgestellt. Als ein Beispiel aus der großen Auswahl drucken wir im folgenden ein Lied der Düsseldorfer Zeitzänder ab, das großen Anklang fand. Leider kann der gedruckte Text die Wirkung des vorgetragenen Liedes nicht mitliefern. Das Lied wird folgendermaßen gesungen: In der ersten Zeile wird zunächst „Oh welches Schwein“ dreimal wiederholt, und erst beim dritten Anlauf wird die Zeile voll ausgesungen. Ebenso wird mit der zweiten Zeile verfahren: „Franz Josef Strauß, Franz Josef Strauß, Franz Josef Strauß, dein Hochdeutsch woll'n wir hören.“ In der dritten Zeile schließlich vereinigen sich die hervorgehobenen Passagen zu einem herrlichen, kanonartigen, zweimal wiederholten Zusammenklang: „Oh welches Schwein — Franz Josef Strauß — Oh welches Schwein — Franz Josef Strauß — Franz Josef Strauß, dein Hochdeutsch woll'n wir hören!“ Unter solcherart geht es durch die folgenden Strophen...

### Loblied auf F.J.S.

(Melodie: „Oh hängt ihn auf...“)

Oh welches Schwein — will deine Reden stören?  
Franz Josef Strauß — dein Hochdeutsch woll'n wir hören!  
Oh welches Schwein — Franz Josef Strauß —  
Franz Josef Strauß, dein Hochdeutsch woll'n wir hören!  
Oh jedes Wort — klingt wie Musik zum Träumen.  
Nur Dreck und Mist — soll deinen Weg nicht säumen.  
Oh jedes Wort — nur Dreck und Mist —  
Nur Dreck und Mist soll deinen Weg nicht säumen.  
Oh wer dich wählt — wird Deutschlands Glanz vermehren.  
Ein' Riesenros — enstrauß wir dir verehren.  
Oh wer dich wählt — ein Riesenros —  
ein' Riesenrosenstrauß wir dir verehren.  
Oh du bist heut' — in deinen besten Jahren.  
Wie ein Narzi — ssenstrauß riecht's aus den Haaren.  
Oh du bist heut' — wie ein Narzi —  
wie ein Narzissenstrauß riecht's aus den Haaren.  
Oh du nimmst Schmier — seife, dich reinzuwaschen.  
Geld jeden Tag — soll füllen deine Taschen.  
Oh du nimmst Schmier — Geld jeden Tag —  
Geld jeden Tag soll füllen deine Taschen.  
Oh welches Glück — mit dir ein Wort zu sprechen.  
Träuf dich der Schlag — das Herz würde uns brechen.  
Oh welches Glück — träuf dich der Schlag —  
träuf dich der Schlag, das Herz würde uns brechen.



Auftritt im Saal: Die Gruppe Emschertalbahn aus Gelsenkirchen mit einem Stück zur Arbeitslosigkeit.

## Gewerkschaftsmitglieder verstärken Forderungen

Die Landesbezirkskonferenz der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier NRW sieht mit Besorgnis, daß öffentlichen Diffamierungen des Kollegen Heinz Hawrelluk vom Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand bislang nicht entgegengetreten wurde. Auch sind weder der Mitgliedschaft, noch dem DGB-Betriebsrat überzeugende Erklärungen für die Beurlaubung und Funktionsenthebung des Bundesjugendsekretärs gegeben worden.

Wir verwahren uns entschieden gegen die Art und Weise, in der mit einem Kollegen umgegangen wird, der jahrelang in verantwortlichen Funktionen der Gewerkschaften tätig war. Dieses Vorgehen verstärkt außerdem Zweifel, daß die Maßnahme gegen den Kollegen Hawrelluk gerechtfertigt und rechtmäßig ist, zumal nach unserer Kenntnis der Bundesjugendausschuß des DGB seinerseits keinen Anlaß sah, an der Loyalität des Kollegen Hawrelluk zu zweifeln. Die dju-Landesbezirkskonferenz fordert daher eine Überprüfung der Maßnahme und eine rasche Aufklärung der Mitgliedschaft. Sie erwartet eine öffentliche Rehabilitation von Heinz Hawrelluk.

An: Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

geeignet, das Ansehen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zu beeinträchtigen und dem Gedanken der Arbeitnehmer-Solidarität erheblichen Schaden zuzufügen. Die Landesbezirkskonferenz fordert, die Maßnahme gegen Ingrid van Dahlen unverzüglich rückgängig zu machen.

An: Heinz Oskar Vetter (Geschäftsführender DGB-Bundesvorstand).

Die 26. Delegiertenversammlung möge beschließen: Wir begrüßen den Antrag der Vertrauenskörper von Bauer für das gesetzliche Verbot der Aussperrung in Hamburg. Wir fordern darüber hinaus den Ortsvereinsvorstand der IG DruPa Hamburg auf, sich an alle Einzelgewerkschaften, den DGB und den Hauptvorstand der IG DruPa zu wenden, um endlich geeignete Maßnahmen anzupacken, ein bundesweites gesetzliches Verbot der Aussperrung zu erwirken. Das entspricht auch den Beschlüssen unseres 11. Gewerkschaftstages: „Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden aufgefordert, ein dahingehendes ausdrückliches gesetzliches Verbot [der Aussperrung] herbeizuführen.“

Der Gewerkschaftstag fordert vom DGB und allen Einzelgewerkschaften, jede Aussperrung, gleich gegen welche Gewerkschaft sie sich richtet, mit solidarischen Aktionen, gegebenenfalls Solidaritätsstreiks, zu beantworten, bis ein bundesweites, gesetzliches Aussperrungsverbot durchgesetzt ist. Bei neuerlichen Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer im Bereich der IG DruPa wird der Hauptvorstand aufgefordert, geeignete Abwehrmaßnahmen einzuleiten und zu prüfen, ob zur Bekämpfung dieses brutalen Machtmißbrauchs Betriebsbesetzungen von den betroffenen Belegschaften vorgenommen werden können.“ [Veröffentlicht im ZO 23/77, S. 27].

Immer mehr Gewerkschaftsorgane fordern:

## Den Willen der Mitglieder durchsetzen

Für gesetzliches Verbot der Aussperrung, für Gewerkschaftsdemokratie

**HAMBURG/DORTMUND (RM).** — In verschiedenen Resolutionen und Entschließungen gewerkschaftlicher Gremien kommt der immer stärkere Wille der Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck, für ihre Forderungen zu kämpfen. Im Zusammenhang damit wächst auch die Kritik an undemokratischen Maßnahmen der Gewerkschaftsführung immer mehr an.

Die oben abgedruckten Entschließungen der Landesbezirkskonferenz NRW der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier wurden auch von den Landesdelegiertenkonferenzen Papierverarbeitung und Angestellte der IG Druck und Papier übernommen und jeweils einstimmig verabschiedet.

Seit der Entlassung des Jugendsekretärs Hawrelluk, seit dem Verbot der Antikriegstagsbroschüre der Gewerkschaftsjugend, dem Proteststurm gegen Vetter auf dem Dortmunder Antikriegstag, den die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit der DKP verleumdete, wird diese Welle der Kritik immer stärker. Auch zahlreiche andere Gremien faßten entsprechende Beschlüsse (zum Teil haben wir sie im *Roten Morgen* wiedergegeben).

Zur selben Zeit wächst auch der Kampf der Gewerkschaftsmitglieder für die Durchsetzung ihrer Forderungen. Er richtet sich gegen die Versuche der

Vorstände, die Gewerkschaftstagsbeschlüsse zu ignorieren.

Die Hamburger Resolution ist dafür ein Beispiel. Klare Beschlüsse des IG-Drupa-Gewerkschaftstags gegen die Aussperrung werden nicht durchgesetzt. Der Kreisvorstand des DGB Hamburg, der Anfang September eine Resolution zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung verabschiedet hatte, muß jetzt erleben, wie der Kreisvorsitzende auf Druck von oben von dieser Resolution abzugehen beginnt.

Der Antrag des Vertrauensleitekörpers von Muhlmeister & Jöhler wurde von der Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Kollegen hatten den Antrag erst spät gestellt, als eine große Zahl von Teilnehmern bereits gegangen war. Das gab den Kräften, die gegen ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sind, Gelegenheit, diesen Antrag abzulehnen.

Besonders dabei hervor trat ein Vorstandsmitglied des Ortsvereins, DKP-Mitglied, der sich zum Fürsprecher der Ablehnung machte. Und das mit dem Argument, der Hauptvorstand stünde ja auf dem Beschluß des Gewerkschaftstages.

Zuvor war ein Antrag des Vertrauensleitekörpers Bauer angenommen worden, der das gesetzliche Verbot der Aussperrung in Hamburg fordert.

Die rückschrittlichen Kräfte in der Gewerkschaft sind offensichtlich bemüht, die politische Ebene dieser Forderung möglichst weit unten zu halten. Es wird die Aufgabe aller klassenbewußten Kollegen, aller demokratisch gesinnten Gewerkschaftsmitglieder sein, diesen Kräften, die den Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung verhindern wollen, eine Abfuhr zu erteilen, auch dadurch, daß sie für die strikte Einhaltung gefaßter Beschlüsse kämpfen.

vorstand der GEW Niedersachsen sich durch die disziplinarrechtlichen Drohungen und den demagogischen Hinweis auf das Beamtenrecht nicht von Streikaktionen abhalten läßt.

Doch andererseits versucht der GEW-Landesvorstand von Anfang an, die Streikfront zu schwächen. So sind Studienreferendare, Anwärter im Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulbereich vom Streik

aufgerufen, ebenso Angestellte mit Zeitverträgen sowie Sonderschullehrer für geistig Behinderte, Gehörlose und Blinde. Desweiteren ist der niedersächsische Landesvorstand von der Forderung nach der 40-Stunden-Woche für Lehrer abgerückt und fordert lediglich, daß die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung aller Lehrer um eine Stunde verringert wird.

Arbeitszeitverkürzung für Lehrer

## GEW ruft Lehrer zum Streik auf

14. November: Demonstration in Celle

**HANNOVER.** — Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen will ihre Mitglieder am 13. November zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung aufrufen; dadurch soll der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für Lehrer Nachdruck verliehen werden.

Weiter ist für den 14. November eine Demonstration in Celle geplant, wo am selben Tag die Herbstkonferenz der Ministerpräsidenten der Länder beginnen soll. Bekanntlich sind schulische Probleme Ländersache.

Auch wenn es einigermaßen zweifelhaft ist, ob ein zweistündiger Streik genügend Druck erzeugt, ist es immerhin zu begrüßen, daß der Landes-

Jugendkonferenz abgesagt

## DGB-Bonzen kneifen

Die RGO auch in der Gewerkschaftsjugend aufbauen!

**HANNOVER.** — Aus Furcht vor einer Diskussion über die Entlassung des DGB-Jugendsekretärs Heinz Hawrelluk hat der niedersächsische Landesvorstand des DGB eine für Anfang Oktober geplante Konferenz über Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendarbeit abgesagt.

Ursprünglich hatte der Landesbezirksjugendausschuß des niedersächsischen DGB geplant, Anfang Oktober über Probleme der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zu diskutieren. Diskussionsleiter sollte Heinz Hawrelluk sein.

Hier schritt der DGB-Landesvorstand das erste Mal ein. Die Diskussion über die Gewerkschaftsbewegung wurde gestrichen, aus Angst, die Gewerkschaftsjugend könnte sich die revolutionären Traditionen zueigen machen. An Stelle des damals noch nicht gefeuerten Hawrelluk sollte das für Jugendarbeit zuständige DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab als Konferenzleiter fungieren.

Als Heinz Hawrelluk die Rache der DGB-Bonzen für die vom Standpunkt des DGB-Chefs Vetter mißlungene Antikriegstagsveranstaltung traf, als der niedersächsische Landesbezirksjugendausschuß sich mit dem gefeuerten Jugendsekretär solidarisierte, wurde die geplante Jugendkonferenz, deren Tagesordnung ohnehin schon zensiert war, aus Angst vor unbequemen Fragen völlig gestrichen.

Die Haltung der DGB-Bonzen ist nicht nur in höchstem Maße undemokratisch und reaktionär, sie ist auch erbärmlich und von Feigheit gekennzeichnet. Sie wagen es einfach nicht, vor die niedersächsische Gewerkschaftsjugend zu treten. Die Abfuhr, die der Oberbonze Vetter in Dortmund bezog, sitzt ihnen zu tief in den Knochen.

**Die Gewerkschaftsjugend muß in die Offensive gehen!**

Für den Vertreter der niedersächsischen Gewerkschaftsjugend im DGB-Landesvorstand, Hasso Düvel, ist das alles ein Grund zum Jammern.

Er spricht von „fatalen Auswirkungen“ des gegenwärtigen Kurses der DGB-Bonzen der Jugend gegenüber. Er befürchtet die Flucht der Jugend „in grüne oder andere perspektivlos-spontanistische Gruppen“. Zweifellos hat der offen reaktionäre und jugendfeindliche Kurs der DGB-Führung zur Folge, daß so mancher Jugendliche seiner Gewerkschaft enttäuscht den Rücken kehrt.

Doch die Gewerkschaftsjugend hat Hasso Düvel längst links überholt; sie hat den Bonzen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie die Politik der Beschwichtigung gegenüber dem Kapital und insbesondere gegenüber seinem aggressivsten Vertreter, Franz Josef Strauß, frontal bekämpfen will. Der Wille ist zweifellos vorhanden, doch er kommt nur spontan und in nicht genügendem Umfang zum Ausdruck,

weil auch an den entscheidenden Stellen der Gewerkschaftsjugend, an den Schalthebeln der Organisation, „Bremsen“ sitzen, die letzten Endes den Bonzen die Stange halten und den oppositionellen Kampf gegen die Bonzen abwürgen wollen.

Was fehlt, ist die organisierende Kraft, die der breiten und kämpferischen Stimmung auch die entsprechende Sprengkraft verleiht. Was fehlt, ist eine starke, revolutionäre Gewerkschaftsopposition unter der Gewerkschaftsjugend. Ihr Aufbau ist der einzige Weg, Schluß zu machen mit dem Diktat der Bonzen. Ihr Aufbau ist der einzige Weg, die revolutionäre Kraft der Jugend in der Einheitsgewerkschaft voll gegen das Kapital zu mobilisieren, und gerade im Jugendbereich gibt es für die Gewerkschaft außerordentlich viel zu tun.

5,1 Prozent Inflation —  
4,1 Prozent Lohnabschluß

## Lohnraub bei Brauereien und Textilern

**DÜSSELDORF/KREFELD.** — Die nordrhein-westfälischen Brauereiarbeiter und -angestellten erhalten rückwirkend vom 1. September dieses Jahres durchschnittlich 5,15 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Im Textilgewerbe Nordrhein-Westfalens wurde ein Lohnzuwachs von 4,1 Prozent beschlossen.

Waren die Tarifabschlüsse im Frühjahr, die zwischen 4 und 5 Prozent lagen, schon völlig unzureichend und Produkt einer durch und durch verräterischen Tarifpolitik der Gewerkschaftsbonzen, so sind die jetzt vorliegenden Abschlüsse für die 16000 Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Brauereien und die 47000 Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Textilbranche eine ausgemachte Provokation.

Während die Werktätigen der verschiedensten Branchen immer machtvoller die For-

derung nach einem Teuerungszuschlag erheben und manche ihn auch schon durchgesetzt haben, präsentieren die Bonzen der Gewerkschaften Nahrung, Genuß und Gaststätten sowie Textil und Bekleidung einen Tarifvertrag, der deutlich unter der amtlichen Inflationsmarke von 5,1 Prozent liegt. Funktionäre, die den Unternehmern solche Lohnraubaabschlüsse ermöglichen, gehören aus der Gewerkschaft gesäubert. Ihnen würde ein Posten im Unternehmerverein besser anstehen.

CDU-Delegation beim DGB

## Vetter kriecht zu Kreuze

KPD/ML fordert: Kein Treffen Vetter/Strauß

**DÜSSELDORF, 24. SEPTEMBER.** — Kaum hatte der Gewerkschaftsstrategie der CSU, Generalsekretär Edmund Stoiber, kräftig gegen die kommunistische Unterwanderung gehetzt, da beeilte sich DGB-Chef Vetter auch schon, eine Vorstandsdelegation mit Vorsitzenden Kohl an der Spitze in der Düsseldorfer Gewerkschaftszentrale zu empfangen.

Vetter selbst war ja gerade selbst gegen die „kommunistische Unterwanderung“ angetreten und hatte den DGB-Jugendsekretär Hawrelluk abserviert, nicht weil dieser Kommunist ist, sondern weil er nicht stramm genug gegen die Linke gekämpft hat. Kohl und seine Gefolgschaft — auch Scharfmacher Dregger war dabei — werden ihm sicherlich zu diesem „Sieg“ gratuliert haben.

Was ist das eigentlich für ein Gewerkschaftschef, der mit den reaktionären Scharfmachern eine gemeinsame Sprache und sogar Gemeinsamkeiten im Kampf gegen links findet? Was veranlaßt Vetter überhaupt,

sich mit Politikern an einen Tisch zu setzen, die in aller Offenheit über eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung bis hin zu ihrer Zerschlagung nachdenken?

Offensichtlich haben Vetter und seine Bonzen ein anderes Feindbild als die Millionen DGB-Mitglieder in unserem Land. Ihm ist die Demonstration der Gewerkschaftsjugend zum Roten Antikriegstag in Dortmund in die Knochen gefahren; er kriegt es mit der Angst, wenn die Gewerkschaft, vor allem breite Teile der Gewerkschaftsjugend, einen konsequenten Kampf gegen den CSU-Chef, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg fordern.

Anstatt sich an die Spitze eines solchen Kampfes zu stellen, anstatt die Kampfkraft des DGB gegen die Gefahr eines neuen '33 in die Waagschale zu werfen, flüchtet er sich in die Arme der CDU/CSU, die eine erklärtermaßen gewerkschaftsfeindliche Politik vertritt.

Und um dem allen die Krone aufzusetzen, wird Vetter am 9. Oktober nach München pilgern, zu dem Mann, der Tausende von Gewerkschaftern des Reviers in der übelsten Weise im Nazi-Jargon diffamiert hat. Wie heißt es doch in den DGB-Richtlinien? Wer mit Gewerkschaftsfeinden zusammenarbeitet, muß wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen werden.

10 Jahre Septemberstreiks '69

# Hoesch-Arbeiter bringen eine Lawine ins Rollen

Es ist nun zehn Jahre her, daß eine mächtige Welle spontaner Streiks durch die Bundesrepublik rollte; die Septemberstreiks 1969. Sie leiteten eine neue Phase in der Entwicklung des Klassenkampfes in Westdeutschland und in Westberlin ein. Mit dieser Ausgabe beginnt der Rote Morgen mit dem Abdruck einer mehrteiligen Serie über diese Streikbewegung.

Dienstag, 2. September, in den frühen Morgenstunden. Auf der Westfalenhütte von Hoesch in Dortmund geschieht etwas Außergewöhnliches. Eine Kolonne von Stahlarbeitern marschiert durch die riesigen Werkshallen, die Werkstraßen entlang, unter den mächtigen Anlagen des Hüttenwerkes her. Der Zug wächst an. Die meisten Männer tragen einen weißen Schutzhelm auf dem Kopf. Anfangs sind es

Es geht um eine innerbetriebliche Zulage von 20 Pfennigen, die der Betriebsrat auf Druck der Belegschaft schon seit längerem fordert. Um 6 Uhr morgens, mit Beginn der Frühschicht, hat der Betriebsrat die Vertrauensleute zusammengerufen. Man teilt ihnen mit, daß die Direktion stur daran festhält, nur 15 Pfennige zu zahlen. Das ist eine Provokation, die auf der Westfalenhütte das sprichwörtliche Faß zum Überlaufen bringt. Jetzt ist das Maß voll! Die sollen uns mal kennenlernen!

Im Juni 1968 hatten die Bonzen der IG Metall einen schändlichen Tarifabschluß unterschrieben. Im Schnitt 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt und die Laufzeit 18 Monate. Dabei läuft die Konjunktur auf Hochtouren. Alles steigt: die Arbeitshetze, die Überstundenknüppel, die Lebenshaltungskosten. Die Profite der Stahlbarone steigen nicht nur, die explodieren! Nur eines steigt nicht: der Lohn der Stahlwerker. Der sollte, nach dem Willen der Bosse und Bonzen bis Ende des Jahres eingefroren bleiben. Diese Rechnung ist für die Stahlbarone sehr vorteilhaft. Sie hat nur einen Fehler: Man hat sie ohne den Wirt gemacht!

Um 9 Uhr vormittags hat sich vor der Hauptverwaltung der Hoesch AG neben der Westfalenhütte die gesamte Frühschicht der Hütte, rund 5000 Arbeiter, geschlossen versammelt. Sprechchöre ertönen: „30 Pfennig!“ Jawohl, jetzt werden nicht mehr 20, sondern 30 Pfennige gefordert. Das ist die Quittung für die provozierende Haltung der Direktion. In diesem Augenblick ahnen die streikenden Stahlkocher der Westfalenhütten noch nicht, daß sie hier und jetzt eine Lawine ins Rollen bringen, daß ihre spontane Aktion eine Streikbewegung auslöst, die in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingehen wird.

## Der Preis des Wirtschaftswunders

In diesem Jahr 1969 herrscht nicht nur in der Stahlindustrie sondern in der ganzen Wirtschaft der Bonner Republik Hochkonjunktur. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1968 wuchs die Industrieproduktion in Westdeutschland im ersten Halbjahr 1969 um 14,8 Prozent. Das Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr 1969 stieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 12,1 Prozent.

Zugleich verschärfen die Unternehmer die Ausbeutung in den Betrieben. Schon 1968 lag das Produktionsergebnis pro Arbeiter und Stunde gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 9,2 Prozent höher. Aber 1969 steigt es noch steiler an: Ein Arbeiter produziert jetzt pro Stunde um 12,1 Prozent mehr als noch 1968. Gleichzeitig sorgen die niedrigen Tarifabschlüsse der DGB-Führer dafür, daß der Anteil der Löhne und Gehälter (einschließlich Spitzengehälter) am Sozialprodukt um 1,4 Prozent

zurückgeht. Dementsprechend erhöhen sich die Profite der Unternehmer, vor allem natürlich der Großkapitalisten.

Der höhere Mehrwert, den die Arbeiter in den Betrieben, an Werkbank, Fließband, Hochofen usw., erzeugen, verwandelt sich für die Herren von Banken und Fabriken in Milliarden an zusätzlichem Profit. Ihr Reichtum, ihre Macht und ihr Luxus wachsen. Die Arbeiter und kleinen Angestellten müssen dafür den Buckel hin-

sundheit in den Fabrikhallen begraben müssen, daß sie nach wie vor Lohnsklaven geblieben sind, das war eben der Preis des Wirtschaftswunders.

Die DGB-Bonzen sind der Meinung, der deutsche Arbeiter habe das „Klassenkampfdenken abgelegt“. Er habe sich von der Wohlstandsfassade blenden und durch die Bild-Zeitung und das Fernsehen zum willenlosen Malocher dressieren lassen. Aber das erweist sich als Irrtum.



Die streikenden Hoesch-Arbeiter haben am Eingang zur Hauptverwaltung eine Stoffpuppe symbolisch aufgehängt. Sie stellt Dr. Harders dar, den Vorstandsvorsitzenden der Hoesch AG.

halten. Und das, nachdem bereits die Lasten der ersten spürbaren Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67 brutal auf ihren Rücken abgewälzt worden waren: mit Lohnkürzungen, Rationalisierungsterror, Massenentlassungen, Stilllegungen usw.

Was tut die DGB-Führung, was die Bonzen in den Leitungsgremien der DGB-Gewerkschaften im Bezirk und am Ort? Sie haben den Kollegen jämmerlich niedrige Tarifabschlüsse mit überlangen Laufzeiten aufgezwungen. Dabei wußten sie um den konjunkturellen Aufschwung. Sie haben sich mit dem Kapitalismus arrangiert. In der konzertierten Aktion legen sie gemeinsam mit den Vertretern der Unternehmerverbände und der Regierung Lohnleitlinien fest, die den Konzernen Rekordprofite sichern. In ihren Villen, auf ihren Aufsichtsratssesseln sitzen sie als „Mitverantwortung“ tragende „Sozialpartner“ der Finanz- und Industriemagnaten.

Ihnen erscheint es ganz selbstverständlich, daß die Proleten in den Betrieben für den Reichtum der bürgerlichen Ausbeuterklasse zu schuften haben. Schließlich haben die deutschen Arbeiter ja genug zu fressen! Sie haben doch ihren Fernseher zu Hause und vielleicht sogar ein Auto! Daß sie dafür Überstunden schinden, ihr Familienleben und ihre Ge-

## „Ausbeuter, Ausbeuter!“

Im Sommer 1969 gärt es in den Betrieben. Die meisten Spitzenfunktionäre und Bürokraten in den Verwaltungspalästen des DGB wollen das nicht wahrhaben. Die betrieblichen und örtlichen Funktionäre indessen kommen nicht umhin, ein gefährliches Anwachsen von Spannung und Unruhe bei den Belegschaften zu registrieren. Am stärksten gärt es an den Hochofen und Walzstraßen, in den Hüttenbetrieben und Stahlwerken an der Ruhr. Die örtliche Tarifkommission der IG Metall in Dortmund trifft auf ihrer Sitzung im August im Hinblick auf die Situation in der Stahlindustrie folgende Feststellungen:

„Die in der Vergangenheit für diesen Tarifbereich abgeschlossenen Tarifverträge [Lohnsicherung mit Anrechnungsmöglichkeit für die Unternehmer, lange Laufdauer der Verträge usw.] tragen der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation in keiner Weise mehr Rechnung.“

In den Belegschaften — so stellt die Tarifkommission weiter fest — herrsche eine „unerhörte Spannung“:

„Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß nur noch ein Funke fehlt, der eine Explosion erzeugt, deren Ausmaß zur Zeit nicht beschrieben werden kann.“

Die Dortmunder Tarif-

einige Dutzend. Dann marschieren bereits Hunderte, und schließlich ist der Zug auf mehrere tausend Stahlarbeiter angewachsen. Streik! Die Stahlkocher auf der Westfalenhütte treten in den Streik! Was ist der Anlaß? Um welche Forderung geht es?

kommission sollte recht behalten

Am 2. September zündete es. Nun stehen 5000 Stahlarbeiter vor der Hauptverwaltung der Hoesch-Bosse. Sprechchöre dröhnen: „Ausbeuter, Ausbeuter...“ 5000 kampfbereite Kollegen fordern wie aus einem Mund 30 Pfennige Lohn-erhöhung. Mit der arroganten Unnachgiebigkeit der Herren in den Chefetagen ist es nun nicht mehr weit her. Mit Schrecken sehen sie, daß die Streikenden ein Fahrzeug der Werksfeuerwehr mit Lautsprecheranlage besetzt haben. Die Streikenden nennen den Feuerwehrgewagen „unsere rote Streikzentrale“. Die Bosse sind sich sehr im unklaren darüber, ob dieser Name nur auf die Farbe des Automobils gemünzt ist. Vorsichtshalber lassen die Herren die Eingänge der Hauptverwaltung vom Werksschutz besetzen. Als die Streikenden dies erfahren, ist die Empörung groß. 1000 Stahlkocher besetzen daraufhin das Direktionsgebäude.

Drei Stunden nach Streikbeginn zeigt sich die Direktion kompromissbereit. Jetzt will sie die ursprünglich geforderten 20 Pfennige zahlen. Zu spät! Als Antwort dröhnen den Bossen Sprechchöre in die Ohren: „Nicht 25, 26, 27, 28, nicht 29 Pfennig, sondern 30 Pfennig, 30 Pfennig, 30 Pfennig!“ „Wir sind keine Bettler.“

Später tritt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats aller drei Hüttenwerke, Pfeiffer, in Erscheinung. Er gibt bekannt: Der Gesamtbetriebsrat habe beschlossen, die 30-Pfennig-Forderung zu unterstützen, jetzt aber sollten die Kollegen unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen. Pfeiffer ernennt ein Pfeifkonzert. Ein DKP-Mitglied fühlt sich bemüht, ans Mikrofon zu gehen und Pfeiffer in Schutz zu nehmen. Mit einem faulen Argument versucht der DKP-Mann den Abwiegungsversuch des Gesamtbetriebsrats zu rechtfertigen: Entscheidend sei doch, daß der

Betriebsrat einstimmig beschlossen habe, die Forderung der Belegschaft zu unterstützen.

## Der Streik geht weiter!

Aber das ist keineswegs das Entscheidende. Haben die Kollegen doch immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sie verraten und verkauft wurden, so oft sie sich auf Verhandlungen der Gewerkschaftsbonzen oder des Betriebsrats verlassen haben. Ihr jetziger Kampf ist die Konsequenz aus dieser Erfahrung. Und sie lassen sich nicht mehr einseifen. Der Streik wird fortgesetzt!

In der Nacht schließen sich auch die Stahlarbeiter auf den beiden anderen Dortmunder Hoesch-Werken Union und Phoenix dem Streik an. Am Morgen des 3. September setzen sich streikende Arbeiter von diesen beiden Werken aus, die in verschiedenen Stadtteilen liegen, in mehreren Marschkolonnen in Bewegung: Richtung Westfalenhütte.

Dort haben die Streikenden auch über Nacht die Besetzung des Platzes vor der Hauptverwaltung weitergeführt. Die Arbeiter drängen erneut ins Direktionsgebäude ein, auch in das Zimmer des Vorstandsvorsitzenden der Hoesch AG, Dr. Harders. Dieser ist jedoch nicht aufzufinden. Dafür hängen die Stahlkocher am Eingang des Verwaltungsgebäudes eine Puppe auf. Sie hat ein Schild um den Hals mit der Aufschrift: „Dr. Harders“. Daneben hängt ein Schild: „Hoesch, ein Name für Stahl und billige Löhne!“

Inzwischen breitet sich über eine Nachricht Empörung aus: Vorstandsvorsitzender Dr. Harders und die Betriebsratsvorsitzenden der drei Hüttenwerke haben sich an einem geheimgehaltenen Ort zu Verhandlungen getroffen. Die Streikenden, die inzwischen von den Demonstrationen der Phoenix- und Union-Kollegen erfahren haben, entschließen sich, den

Kollegen entgegenzumarschieren. Sie wollen mit einer machtvollen Demonstration ihre Kampfentschlossenheit manifestieren.

## „So ein Tag, so wunderschön wie heute...“

In der Dortmunder Innenstadt treffen die Hoesch-Arbeiter aller drei Werke aufeinander. Helme werden in die Luft geworfen. Kollegen umarmen sich. Ein einziger gewaltiger Demonstrationzug mit rund 15000 Arbeitern wird formiert. Auf ihrem Weg reißen die Stahlarbeiter alle Wahlplakate der NPD ab, die sie entdecken können. Auf die Verkehrsschilder wird die Zahl 30 geschrieben. Die Demonstration endet schließlich vor dem Verwaltungsgebäude bei der „roten Streikzentrale“.

In den Mittagsstunden trifft Betriebsratsvorsitzender Pfeiffer ein. Die Verhandlungen sind bereits abgeschlossen. Auf einmal hatten es die Hoesch-Bosse sehr eilig! Pfeiffer gibt durchs Mikrofon das Ergebnis bekannt: 30 Pfennige für alle ab 1. September. Keine Anrechnung auf den zu erwartenden neuen Tarif. Bezahlung der Streikschichten.

Das ist der Sieg! Begeisterung herrscht unter den Tausenden. Sie haben auf die eigene Kraft gebaut und gewonnen. Ein Lied wird angestimmt: „So ein Tag, so wunderschön wie heute...“ Die Stahlarbeiter von Hoesch haben wie noch nie zuvor ihre eigene Kraft und Stärke, ihre Einigkeit erfahren. Ohne und gegen die Bonzen im DGB-Apparat haben sie in knapp zwei Tagen Kampf die Hoesch-Kapitalisten zum Nachgeben gezwungen.

Der Streik bei Hoesch ist damit zu Ende. Aber — und die Stahlkocher von Hoesch wissen es in diesem Moment noch nicht — die Septemberstreiks haben erst begonnen.

(Fortsetzung im nächsten RM)



30 Pfennige mehr Lohn — dafür sind die Stahlkocher aller drei Hoesch-Hütten in Dortmund in den spontanen Streik getreten. Die Kollegen besetzen das Direktionsgebäude. Daß die Gewerkschaftsführung ihren Streik als „wild“ diffamiert, kann sie nicht erschüttern. Am zweiten Streiktag demonstrieren über 10000 Hoesch-Arbeiter durch die Dortmunder Innenstadt. Nach insgesamt 30 Stunden Streik haben sie ihre Forderungen voll durchgesetzt.



Während die US-Imperialisten ihren Bombenterror auf Vietnam verstärken, begrüßen sich Mao und Nixon.

Angriffe des KABD auf die Partei der Arbeit Albaniens

## Vergeblicher Versuch zur Verteidigung Mao Tse-tungs

Verschweigen, Verdrehen und Verfälschen als Methode

Die Führung des KABD unternahm vor kurzem den Versuch, Mao Tse-tung gegen die Kritik der Marxisten-Leninisten in Schutz zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde in der *Roten Fahne* der KABD ein groß aufgemachter Artikel veröffentlicht, der sich gegen das Buch „Imperialismus und Revolution“ des Genossen Enver Hoxha, des Führers der Partei der Arbeit Albaniens, richtet.

Wer aber erwartet hatte, daß die Führer des KABD jetzt aktiv oder gar frontal zur Auseinandersetzung mit dem Buch des Genossen Enver schreiten würden, der sieht sich schnell getäuscht. Denn obwohl der Artikel sehr lang ist, werden ganze zwei Argumente vorgebracht.

Das eine Argument lautet: Enver Hoxha, die Partei der Arbeit, die Marxisten-Leninisten würden als Ursache für die Entartung sozialistischer Staaten lediglich äußere Faktoren sehen und die inneren Ursachen der Entartung jedoch ableugnen. Im Gegensatz dazu wird Ellenfang Mao zitiert, der angeblich die wahre Ursache für die Entartung sozialistischer Staaten entdeckt hat und deshalb ein marxistisch-leninistischer Klassiker sein soll.

Das andere Argument lautet: Die Partei der Arbeit und Enver Hoxha hätten früher dasselbe behauptet wie Mao Tse-tung, hätten jetzt eine Kehrtwendung vollzogen, ohne Selbstkritik zu üben, und würden sich gegen den Marxismus-Leninismus stellen, so daß die weitere Entwicklung in Albanien absehbar sei.

Aber selbst diese Argumente werden in keiner Weise untermauert, sondern es werden eine ganze Reihe von Entstellungen, Verdrehungen und Verfälschungen vorgebracht. Die angeführten Beweise widersprechen den Tatsachen dermaßen krass, daß sich daraus schlußfolgern läßt, daß hier Mao verteidigt werden soll, koste es, was es wolle. Und es kostet die Führer des KABD sehr viel: Sie müssen die Wahrheit verschweigen, sie müssen das einzige sozialistische Land dieser Welt angreifen, sie müssen den Marxismus-Leninismus entstellen.

### Wer hat den Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt?

Das ist doch die erste Frage, die man in diesem Zusammenhang beantworten muß. Der KABD verliert kein Wort zur Rolle der Partei der Arbeit Albaniens auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 in Moskau, wo es die PAA war, die an der Spitze des Kampfes gegen Chruschtschow stand. Die Verfasser des Artikels spekulieren offensichtlich mit der Unkenntnis ihrer Leser. Kein Wort zu den Analysen der Partei der Arbeit in zahlreichen Dokumenten gegen den modernen Revisionismus, kein Wort zu solchen Schriften des Genossen Enver Hoxha, wie dem auch in Westdeutschland verbreiteten Werk „Der Kampf der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern“. Wir erwähnen gerade diesen Aufsatz hier, weil er eine marxistisch-leninistische Analyse der inneren Ursachen für die Entartung der ehemals sozialistischen Länder gibt. Allein dieser Aufsatz widerlegt schon die ganze Argumentation des KABD.

Und vor allem auch: Die Verfasser sind offensichtlich nicht mutig genug, auf die Tatsachen, die Enver Hoxha über China anführt, zu antworten. Nachdem der Leser die These des KABD zur Kenntnis nehmen mußte, Enver Hoxha sah angeblich nur äußere Faktoren für die Entartung, erwartet er vergebens, daß jetzt über die Wirklichkeit in China geschrieben wird.

Nichts davon. Stattdessen taucht plötzlich Tito auf. Diese überraschende Wendung der Dinge geschieht deshalb, weil die KABD-Führer in „Imperialismus und Revolution“ ein Zitat über Tito gefunden haben, das ihnen in den Kram paßt. Enver Hoxha schreibt dort: „Vom Intelligence Service in aller Heimlichkeit beizeiten bearbeitet, hatte die jugoslawische revisionistische Führung mit Tito an der Spitze (...) in Wirklichkeit ganz andere Ziele...“

Also hat der KABD vielleicht doch, wenigstens an einem Punkt, Recht?

Peinlich für den KABD ist dabei nur, daß die *Roten Fahne*, um diesen Anschein wenigstens vorübergehend zu erwecken, schlichtweg die allseits bekannten Tatsachen verleugnen muß. Tito, so die KABD-Führung, habe sich in den fünfziger Jahren als Agent des US-Imperialismus erwiesen. Das, so sagen die KABD-Führer hochherzig, wollen sie auch gar nicht bestreiten, aber Enver mache keine Aussage zur Entartung Jugoslawiens. Die Tatsachen liegen aber so, daß Tito keineswegs erst in den fünfziger Jahren zum Agenten wurde, daß er bereits 1948 endgültig aus der kommunistischen Weltbewegung ausgestoßen wurde, daß die albanische Partei seit Mitte der vierziger Jahre gegen Tito kämpfte. Titos Jugoslawien, und das sollten auch die KABD-Führer ihren Genossen nicht vorenthalten, konnte aus dem einfachen Grund nicht entarten, weil es niemals ein sozialistischer Staat war. Ob es dem KABD paßt oder nicht, hat Tito, während die jugoslawischen Partisanen voller Tapferkeit gegen den Faschismus kämpften, bereits mit Churchill konspirierte, mit der amerikanischen Militärmission

zusammengearbeitet, Dollars bezogen. Hier gab es nichts zu entarten, hier gab es vom ersten Tag an Terror gegen die wahren Kommunisten, das Regime von Tito und Rankovic, das jeder ehrliche Jugoslawe haßt.

### Worin bestand Maos Beitrag zum Marxismus-Leninismus?

Der Ausflug der *Roten Fahne* über China nach Jugoslawien endet so nur mit einem Beweis, nämlich dem, daß die Verfasser die Geschichte zu-rechtrücken, wie es ihnen gerade paßt.

Aber lassen wir uns nicht vom KABD die Reiseroute aufzwingen, bleiben wir einmal bei den zahlreichen Tatsachen, die Enver Hoxha über China anführt, und die den *Roten Fahne*-Schreibern so störend sind, daß sie sie verschweigen. Man kann ja nicht leugnen, daß Mao allerdings den Marxismus „erneuert“ hat. Das wird von Enver Hoxha in seinem Werk sehr genau analysiert.

So er fand Mao Beispiel den „Sozialismus mit Kapitali-

stenklasse“. Das wird vom KABD noch nicht einmal schamhaft verschwiegen, sondern im Gegenteil als die Entdeckung schlechthin gefeiert.

Lenin und Stalin waren ja bekanntlich, wie auch schon Marx und Engels, davon ausgegangen, daß der Sozialismus mit der Existenz einer Kapitalistenklasse völlig unvereinbar ist. Und sie haben auch tatkräftig daran gearbeitet, die Bourgeoisie zu vernichten. In China, bei Mao, gab es diesen Kurs nicht, da wurden die Widersprüche zu den Kapitalisten so behandelt, daß sie Betriebe und Zinsen behielten und reich und müßig blieben. Ganz neu allerdings war Maos „Beitrag zum Marxismus“ nicht. Dieselbe Linie hatte einige Jahrzehnte vorher in der Sowjetunion auch schon Bucharin einschlagen wollen, nur hat ihm die bolschewistische Partei, hat ihm Stalin einen Strich durch die Rechnung gemacht. Dies ist also die erste antimarxistische Neuerung Maos, die der KABD begrüßt. Enver Hoxhas ausführliche Analyse dazu wird verschwiegen.

Das zweite, was laut Mao verhindern soll, daß die Partei entartet, ist der sogenannte Kampf zweier Linien innerhalb der Partei. Der sah in der Wirklichkeit, die der KABD geschickt umgeht, so aus, daß ein Mann wie Lin Biao, den Mao angeblich seit 40 Jahren bekämpfte, erst mal die Partei vererbt bekommen sollte, was sich aus irgendwelchen, bis heute dunklen Gründen zerschlug. Dieser „Kampf“ sah so aus, daß als Feinde bezeichnete Politiker wie Deng Hsiao-ping ihre Parteimitgliedschaft behielten, um weiter ihre Linie verfechten zu können. Dieser „Kampf“ sah so aus, daß irgendwelche Kampagnen gegen Lin Biao, gegen Konfuzius, gegen Beethoven geführt wurden, und gegen andere Tote, während das Hin und Her in der Parteiführung weiterging. Da sollte bald eine Stahlbasis

auf Grundlage von Hinterhöfen aufgebaut werden, dann sollte wieder jeder Arbeiter auch Bauer sein, dann wurden die Schüler und Studenten nach Peking geholt, um für Mao zu demonstrieren, dann in die Provinz gezwungen, um sich zu bessern, während Leute wie Deng in Luxushotels lebten, und so weiter.

Eine Neuerung war das sicher auch, nur eine, die sich grundsätzlich gegen die Partei vom Leninschen Typ richtete, gegen die geschlossene proletarische Kampfpartei, die sich stärkt, indem sie ihre Reihen von Opportunisten säubert, wie es Stalin gesagt hatte. Enver Hoxhas Verteidigung des Leninismus gegen Maos Parteitheorie wird von der *Roten Fahne* mit keinem Wort erwähnt.

Das ist die Frage, die sich nach all diesen Tatsachen erhebt, wenn die Führung des KABD diese Forderung aufstellt.

Die Verfasser des Artikels sind nämlich offensichtlich zu feige, die Frage offen zu beantworten, ob für sie Albanien heute ein sozialistischer Staat ist oder nicht, und wollen deshalb hintenrum verdeutlichen, daß sie der Meinung sind, es wäre kein sozialistischer Staat.

Der Kampf, den die Partei der Arbeit Albaniens führte und führt, der Kampf gegen den Bürokratismus (den der KABD fordert) und Liberalismus (von dem er nicht spricht), richtet sich allerdings nicht nach maoistischen Spielregeln, sondern wird mit dem Ziel geführt, den Sozialismus immer mehr zu stärken.

### Welchen Grund sollte die PAA haben, Selbstkritik zu üben?

Um die Schlußfolgerungen zu sehen, die die albanische Partei aus der Entartung der Sowjetunion und dem Platzen der chinesischen Seifenblase zieht, muß man nicht unbedingt die Werke Enver Hoxhas, die Dokumente und Beschlüsse der PAA lesen und kennen. Es genügt schon, und Hunderte von Genossen des KABD haben das getan, sich die albanische Wirklichkeit mit eigenen Augen anzusehen. Wenn die Genossen des KABD, die Albanien gesehen haben, ehrlich sind, ehrlich zu sich selbst, ehrlich

um der Sache willen, dann müssen sie ihren Führern sagen: Halt! So nicht! Ihr könnt mich nicht für dumm verkaufen!

Jeder kennt die Arbeit der Arbeiterklassenkontrolle, jeder weiß, daß die Beschlüsse der PAA zur Verminderung der Einkommensunterschiede verwirklicht werden, jeder kennt die revolutionäre Atmosphäre im ganzen Land. Wollt ihr diese Tatsachen zugunsten des Mao-Kults verleugnen? Dort herrscht Sozialismus!

Warum also Selbstkritik?

Wer war es denn, Enver Hoxha oder Mao, der Nixon einlud, als die USA ihren Bombenterror gegen Vietnam verstärkten? Wer hat sogar noch seinen abgetakelten Freund Nixon empfangen?

Wer war es denn, der noch 1956 Tito zu seinem Parteitag einlud, der 1964 Chruschtschow, noch kurz vor seinem Sturz, gratulierte, Enver Hoxha oder Mao?

Wer hat denn die Arbeiten des X. Parteitags der chinesischen Partei geleitet, auf dem zum ersten Mal in aller Ausführlichkeit die „Theorie der drei Welten“ verkündet wurde?

Wer war es denn, der in Dutzenden von Ländern verhierte, mit Intrigen, mit Geld, mit ideologischer Beeinflussung, daß sich marxistisch-leninistische Parteien gründeten?

Alles das hat Mao Tse-tung zu verantworten, derselbe Mao, den die *Roten Fahne* um jeden Preis hochhält.

Warum sollten die Albaner für ihren richtigen Kurs Selbstkritik üben? Enver Hoxha betont in seinem Werk doch ganz ausdrücklich, daß die albanische Partei sich ihre Ansichten über Mao nach und nach, allmählich erarbeitet hat. So, wie sie von der Entwicklung verdrängt wurden.

Und so reitet sich die KABD-Führung selbst ins Dilemma. In einem Chor mit den fanatischen Deng/Hua-Anhängern verleumdet sie den Sozialismus in Albanien, nähert sich diesen Revisionisten immer mehr an und schafft so die Voraussetzungen dafür, daß diese Strömung des Maoismus in ihren eigenen Reihen immer größeren Einfluß gewinnt.

Wenn hier jemand Selbstkritik üben muß, dann der KABD, für seinen gescheiterten Versuch, Mao Tse-tung gegen die Wahrheit, gegen den Marxismus-Leninismus in Schutz zu nehmen.

## ENVER HOXHA



### IMPERIALISMUS UND REVOLUTION

Preis 9,80 Mark

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

## Deutscher Richtertag in Essen

# Rebmann fordert weitere Verschärfung der „Terror-Gesetze“

ESSEN.— Generalbundesanwalt Rebmann hat die Zusammenkunft des Deutschen Richtertags in der vergangenen Woche dazu benutzt, auf die Verschärfung der politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik zu drängen.

Er forderte unter anderem, die „öffentliche Befürwortung von Gewalt gegen Personen und Sachen“ müsse unter Strafe gestellt werden. Der Generalbundesanwalt machte klar, daß ihm der Paragraph 88a des Strafgesetzbuches, der schon eine Straandrohung gegen die sogenannte Befürwortung von Gewalt enthält, noch nicht weit genug geht. Rebmann trat zwar auch auf dem Richtertag wieder in der Pose des Terroristenjägers auf.

Er führte nämlich aus: „Erscheinungsformen der Befürwortung von Gewalt sind vor allem das Bestreben zahlreicher ‚linksradikaler‘ Druckschriften, ein Klima der Gewalt zu erzeugen.“ Außerdem verwies er in diesem Zusammenhang auch auf Flugblätter, die zu gewalttätigen Anti-AKW-Demonstrationen aufgerufen hätten. Was Rebmann hier praktizierte, ist die hinterhältige Masche, wie sie uns aus den Wochen und Monaten nach der Schleyer-Entführung noch gut in Erinnerung ist. Es wird kurzerhand ein „Umfeld“ des Terrorismus erfunden, zu dem dann jeder gehört, der sich zur revolutionären Gewalt bekennt oder der auch nur öffentlich zur Teilnahme an berechtigten Kampfaktionen, wie eben Demonstrationen gegen das Bonner Atomprogramm, aufruft. Und dann wird nach Gesetzen geschrien, mit denen dieses „Umfeld“ verfolgt und bestraft werden kann.

Der Bundestag hat ja bekanntlich auf Antrag der Regierung nach der Schleyer-Entführung eine ganze Reihe

solcher Gesetze durchgepeitscht. Dem Generalbundesanwalt ging das alles noch nicht weit genug. Und er hält offensichtlich die Zeit für gekommen, um die Schrauben der Unterdrückung aller Kampfaktionen der Werktätigen noch weiter anzuziehen.

Rebmann hat sich auch Gedanken darüber gemacht, wie man die noch bestehenden Rechte von Angeklagten in politischen Prozessen weiter abbauen kann. Er verlangte die Einführung einer „prozessualen Mißbrauchsklausel“. Damit sollen Anträge von Beschuldigten und ihren Anwälten, wenn sie „ersichtlich oder offenkundig nicht zur Wahrheitsfindung beitragen“ sofort abgeschmettert werden können. Eine solche Klausel würde die politischen Prozesse in diesem Land noch mehr zur Farce machen und dem Angeklagten schon von vornherein die Möglichkeit aus der Hand schlagen, mit Beweisanträgen seine Verteidigung zu betreiben.

Als Sprecher der Rechtsanwälte übte der Dortmunder Anwalt Krekeler scharfe Kritik an den schon bestehenden Bonner Terror-Gesetzen. Er forderte die Aufhebung des Kontaktsperre-Gesetzes, das einen Beschuldigten — wie Krekeler sagte — „praktisch verteidigungslos“ macht und auch die Zurücknahme der Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen dem Beschuldigten und seinem Verteidiger. Die Verabschiedung dieser und ähnlicher Gesetze nach der Schleyer-Entführung nannte der Dortmunder Anwalt eine „Tendenzwende gegen die

freiheitlichen Aspekte des Rechtsstaates“.

Justizminister Vogel allerdings zeigte sich von solcher Kritik auf dem Richtertag unbeeindruckt. Er machte deutlich, daß die Bundesregierung nicht daran denkt, auch nur ein einziges dieser Gesetze zurückzunehmen oder auch nur abzuschwächen. Vogel unterstützte auf dem Richtertag zwar nicht den reaktionären Vorstoß seines Generalbundesanwaltes. Das bedeutet jedoch nicht, daß Rebmanns Forderungen damit aus der Welt wären. Er selbst hat in der vergangenen Woche schon „terroristische Gewalttaten“ für die Zukunft angekündigt. Man kann also damit rechnen, daß Generalbundesanwaltschaft, BAK usw. das Ihre dazu beitragen werden, um wieder — wie nach der Schleyer-Entführung — ein Klima der Terroristen-Hysterie zu schaffen, in dem sich dann neue Vorstöße auf die demokratischen Rechte unternehmen lassen.

## Auch Zivildienstleistende werden beschnüffelt

BONN.— Ein weiterer Bereich der staatlichen Spitzerei ist in der vergangenen Woche ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Das Bundesarbeitsministerium hatte eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Thüsing nach der Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, beantwortet. Das Ministerium mußte zugeben, daß Iven den Bonner Schnüffeldienst regelmäßig mit Unterlagen über Zivildienstlei-

stende versorgt und auch freigiebig Auskünfte für den Verfassungsschutz erteilt.

Diese Tatsache macht einmal mehr deutlich, wie engmaschig das Netz der Bespitzelung ist, das die Bonner Geheimdienste über die Werktätigen in unserem Land ausgeworfen haben. Sie zeigt aber auch, mit welcher Selbstverständlichkeit die Behörden dieses Staates dem Verfassungsschutz Amtshilfe leisten und sich an der Schnüffelei beteiligen.

Zu gewalttätigen Ausein-

## Türkischer Revolutionär in Holland ermordet

Am vorletzten Samstag ist im Rahmen einer antifaschistischen Veranstaltung in der niederländischen Stadt Nijmegen der türkische Revolutionär Kemal Güngörmüş durch einen Schuß in den Kopf ermordet worden.

Wie ist es zu dieser Bluttat gekommen? Niederländische Gruppen und verschiedene Organisationen aus der Türkei hatten zu der Veranstaltung aufgerufen, um gegen den Faschismus in der Türkei zu protestieren. Unter anderem waren auf dieser Kundgebung auch ca. 80 Sympathisanten der proletarisch-revolutionären Zeitung *Halkın Kurtuluşu*. Tonangebend waren allerdings die Revisionisten der an Moskau orientierten TKP, die auch die Leitung der Veranstaltung in der Hand hatten. So wie es diese Leute immer bei solchen Gelegenheiten praktizieren, versuchten sie auch hier jede revolutionäre Meinungsäußerung zu unterdrücken, wenn notwendig mit brutaler Gewalt. Die Genossen von *Halkın Kurtuluşu* ließen sich jedoch nicht davon abhalten, revolutionäre Parolen anzustimmen, die auch von einem großen Teil der Anwesenden mitgerufen wurden.

andersonen kam es dann, als die TKP-Leute verhindern wollten, daß ein Mitglied der Organisation „Devrimci Yolu“ Flugblätter verteilte. Sie packten diesen Mann, zerrten ihn vor die Tür und schlugen ihn brutal zusammen. Genossen von *Halkın Kurtuluşu* eilten dem Angegriffenen zu Hilfe. Die Folge davon war unter anderem, daß einer von ihnen, der Arbeiter Cemil Dogan, von revisionistischen Schlägern mit Messern angegriffen und durch einen tiefen Stich in den Bauch lebensgefährlich verletzt wurde. In dieser Situation begann der Provokateur Nergis mit einer Pistole wild in die Gegend zu feuern. Dabei erlitt der junge Arbeiter Kemal Güngörmüş eine tödliche Kopfverletzung. Der Genosse Kemal war ein enger Sympathisant von *Halkın Kurtuluşu* und Führer von verschiedenen Arbeiterclubs in den Niederlanden.

Wenn auch der Mörder selbst kein Mitglied der TKP ist, so haben doch die Revisionisten durch ihre terroristischen Angriffe auf Revolutionäre erst den Boden für diese Bluttat geschaffen. Sie zeigten dadurch einmal mehr ihr wahres Gesicht als Todfeinde der Arbeiterklasse und der Revolution, die auch vor bewaffneten Mordanschlägen nicht zurückschrecken.

Am vergangenen Samstag wurde die Beerdigung des Genossen Kemal in Zelle zu einer machtvollen Kundgebung gegen Faschismus und Sozialfaschismus. Der Zustand des niedergestochenen Genossen Cemil war nach unseren letzten Informationen unverändert ernst.

## Nazi-Terroristen auf freien Fuß

WESTBERLIN.— Gerade erst ist bei dem skandalösen Nazi-Prozess in Bückeburg der Ex-Bundeswehrleutnant Kühnen von dem Vorwurf der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung freigesprochen worden, da werden aus Westberlin neue empörend milde Urteile für faschistische Gewaltverbrecher bekannt. Angeklagt waren drei jugendliche Neonazis, die vor dem berühmten „Café Vaterland“, einem Treffpunkt von Faschisten in Westberlin, zwei Journalisten zusammengeschlagen hatten. Der eine der Angegriffenen, ein Mitarbeiter des Senders Freies Berlin, hatte zuvor mit diesen Faschisten an einer öffentlichen Diskussion teilgenommen. Im Verlauf dieser Diskussion hatten die Nazis Juden als Volksschädlinge bezeichnet, die bekämpft werden müßten. Der Journalist hatte die Faschisten daraufhin wegen Volksverhetzung angezeigt.

Offenbar aus Rache dafür war er später von den Nazis mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen worden. Ein britischer Journalist, der ihn begleitete, wurde von Faschisten mit einer abgebrochenen Flasche angegriffen.

So unglaublich es klingen mag — das Jugendschöffengericht in Westberlin behandelte diesen Terrorakt, der ja auch juristisch durchaus als Mordversuch gewertet werden muß, als Kavaliersdelikt. Es schickte die Angeklagten wieder nach Hause. Einer von ihnen bekam sieben Monate Freiheitsstrafe, die beiden anderen Arrest von zwei Wochen, bzw. acht Tagen — alle Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Dieses Urteil ist nichts anderes als eine Ermutigung für weitere Terrorakte der braunen Banden.

## Korrespondenz

### JN-Kongreß in Weinheim

# Nazi-Provokationen unter dem Schutz der Polizei

Gegen den Bundeskongreß der neofaschistischen „Jungen Nationaldemokraten“ — der Jugendorganisation der NPD — demonstrierten am vorletzten Wochenende 400 Antifaschisten. — Auf der abschließenden Kundgebung wurde das Vorgehen der Weinheimer Stadtväter angeprangert und verurteilt. Der Oberbürgermeister Gießelmann und die Stadtverwaltung hatten ein Verbot der NPD-Veranstaltung abgelehnt und den Jungnazis in aller Heimlichkeit das städtische Rolf-Engelbrecht-Haus zur Verfügung gestellt.

Nur unter starkem Polizeischutz konnte die Handvoll Jungnazis ihre Hetzkundgebung in der Weinheimer Innenstadt abhalten.



Die Polizei im Rücken traten die Jungnazis in Weinheim äußerst aggressiv auf. Als die etwa 80 Teilnehmer des braunen Kongresses am Samstagvormittag durch die Weinheimer Innenstadt zogen, löste sich beim Vorbeimarsch an einem antifaschistischen Informationsstand eine etwa zehnköpfige Gruppe aus dem Zug und schlug auf die am Stand anwesenden Jugendlichen ein. Der Antifaschist Georg (Bild) mußte mit Gehirnerschütterung in das Ludwigshafener Krankenhaus eingeliefert werden.



Dies ist der Hauptschläger der Neonazis in Aktion. Am Sonntagvormittag wurde er vor dem Versammlungsort der Jungnazis von Antifaschisten identifiziert. Die Antifaschisten konnten zunächst seine Festnahme erzwingen.



# Keine Ruhe für Nazis in Buxtehude!

Volkskorrespondenz aus Buxtehude

Sie hatten es sich so schön ausgedacht, die Nazis: Im Zeichen der Strauß'schen Kandidatur wollten sie sich so allmählich aus den umliegenden kleinen Dörfern nach Buxtehude vorschleichen. Aber eine Notiz in der Zeitung alarmierte die antifaschistische Gruppe, in der auch Genossen der Partei mitarbeiten.

Ein Flugblatt kam heraus, und Unterschriften wurden gesammelt für die Forderung „Verbot der Kreisversammlung der NPD!“ Und auf einmal waren auch sehr viele Helfer da. Manche hängten sich Plakate gegen die Nazis um und gingen damit am Samstag durchs Zentrum. Andere standen hinter den Tischen mit Unterschriftenlisten. Viele verteilten die Flugblätter in den Straßen und an den Schulen.

Der verantwortliche Stadtdirektor bekam reichlich Druck: 300 Buxtehuder forderten das Verbot der Nazi-Versammlung, es gab Anrufe bei den Behörden und Leserbrief in den Zeitungen. Nach diesem breiten Echo mochten dann auch die Jusos, die SDAJ und die SPD nicht mehr abseits stehen, und sie forderten ebenfalls das Verbot der Versammlung.

Ein guter Erfolg der Aktivitäten war auch die Tatsache, daß Betriebsrat und Jugendvertretung von National Rejektor, der größten Fabrik in Buxtehude, sich zum ersten Mal politisch engagierten und mitzogen. In der lokalen Zeitung erschienen auch Berichte über unsere Aktivitäten, nachdem wir der Redaktion auf den Leib gerückt waren.

Zur konkreten Vorbereitung der Aktion gegen die Nazi-Versammlung waren dann 40 aktive Antifaschisten da. Ein auf progressiv aufgemachter Jugendbulle versuchte sich übrigens auch durch seine Unterschrift bei uns einzuschleichen. Aber wie das in einer Kleinstadt so ist: Irgend einer kennt einen immer... Und so wurde der Bulle dann später auch nicht mehr gesehen.

Als es dann so weit war, stellte sich ein schwitzender Stadtdirektor beschwichtigend zwischen die Nazis und 150 aufgebrachte Antifaschisten, und sang in bedauerndem Ton das Lied von der Demokratie, die aus rein formalen Gründen auch der NPD gewährt werden müsse.

Die Reaktion der Antifaschisten darauf war weder freundlich noch leise. Aber

angesichts der wahrscheinlich auch nur „aus formalen Gründen“ aufmarschierenden Polizeihundertschaft verzichtete man auf ein Auseinanderhauen der faschistischen Provokation.

Die Nazis hatten sich übrigens nicht nur hinter dieser Hundertschaft, sondern auch noch hinter einer Gang von einem Dutzend Rockern verkrochen — ausgekochte lumpenproletarische Galgenvögel waren das, Figuren aus dem Verbrecheralbum, skrupellos, dumm und versoffen, ein passendes Aushängeschild für die NPD.

Einer von uns hielt über Megafon eine Rede, und als die zu Ende war, sorgten wir mit Sprechschönen, Trillerpfeifen und anderem Gerät dafür, daß man von den braunen Banditen nichts mehr hören konnte. Dann marschierten wir in einem Demonstrationszug durch das abendliche Buxtehude, begleitet von einer Polizei, deren einzige Sorge es war, rechtzeitig gesagt zu bekommen, ob wir vorne links oder lieber rechts herum wollten. Auf ca. 200 Menschen — zumeist Jugendliche — wuchs die Demonstration schließlich an — eine ganze Menge für Buxtehude.

## Strauß raus aus Bremen!

Volkskorrespondenz aus Bremen



Plakat der Initiative gegen Reaktion und Faschismus. Auch die Rote Garde beteiligte sich aktiv an der Kundgebung und verkaufte den Roten Rebellen, wie auf dem Hut zu lesen ist.

Am vergangenen Dienstag kam der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, nach Bremen, um für die hiesige CDU in den Bürgerschaftswahlkampf einzugreifen und um die Stimmung für weitere Strauß-Auftritte im Bundestagswahlkampf zu testen.

Nach den heftigen Protesten bei seinen Auftritten im Ruhrgebiet und aus Angst, Strauß würde in Bremen untergehen, hatte sich die CDU hier besonders organisatorisch vorbereitet. Hatte doch der Kanzlerkandidat nach seinem Reifall in Essen die dortige CDU wegen der mangelnden Vorbereitung angegriffen. Das wollten sich Herr Neumann und die Bremer CDU nicht nachsagen lassen. Denn „kein Politiker in der Bundesrepublik ist so attraktiv, anziehend, begeisternd und mitreißend“

wie er. Deswegen die Bitte von CDU-Chef Bernd Neumann an Strauß um ein ruhiges und ordentliches hanseatisches Auftreten.

Strauß ist verhaßt bei den Bremer Werktätigen. So unterließ es auch die CDU, ihren Kandidaten groß auf Plakaten anzukündigen. Sein Konterfei hätte keine 24 Stunden das Bremer Straßenbild verunziert. Aus Angst, daß seine Hetztiraden im Protest der Strauß-Gegner und Antifaschisten untergehen könnten, verzichtete die CDU auf eine Veranstaltung auf dem Domshof. Stattdessen wurde die Stadthalle gemietet. Hier durfte man sich einigermaßen sicher fühlen. Und Karten wurden in der CDU-Geschäftsstelle jeweils nur höchstens zwei pro Person ausgegeben. CDU-Fans und

eingeschriebene Mitglieder bekamen sie jedoch in unbegrenzter Menge. Es wird sogar erzählt, daß die CDU, aus Furcht, die Halle würde nicht voll, unter der Hand Verzehrbonbons verteilen ließ. Um ja die Halle voll zu kriegen, wurden aus der näheren und weiteren Umgebung Bremens CDU-Mitglieder mit Bussen herangebracht.

Seit Bekanntwerden des Strauß-Auftritts hatten die KPD/ML und die Initiative gegen Reaktion und Faschismus durch Flugblätter und Plakate unter den Werktätigen Bremens in und vor den Betrieben und in den Stadtteilen unter der Parole „Strauß raus! Keine Redefreiheit in Bremen!“ gegen seinen Auftritt mobilisiert. Einige Tage zuvor führte die Initiative gegen Reaktion und Faschismus eine Veranstaltung gegen Strauß durch, zu der etwa 100 Strauß-Gegner und Antifaschisten gekommen waren.

Für den 25.9. hatten der Bremer Landesjugendring und die Asten der Hochschulen zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz aufgerufen. Die Genossen der KPD/ML und der Roten Garde sowie die in der Initiative gegen Reaktion und Faschismus arbeitenden Antifaschisten beteiligten sich an der Kundgebung. Der Rote Morgen, der Rote Rebellen, Anti-Strauß-Aufkleber und Anstecknadeln wurden verkauft. Gegen 18 Uhr hatten sich etwa 3000 Antifaschisten auf dem Marktplatz versammelt. Im Anschluß an die Kundgebung verließen die Teilnehmer die Innenstadt und zogen in Richtung Stadthalle. Gegen 20 Uhr hatten sich dort etwa 8000 Demonstranten eingefunden.

Die Stadthalle selbst — wie konnte es anders sein, wenn sich die Politiker in die Öffent-

FJS in Bremerhaven

## „Modern konservativ — nicht reaktionär“

Volkskorrespondenz aus Bremen

BREMERHAVEN, 25. SEPTEMBER. — Gestank liegt in der Luft. Es riecht nach Fisch; das ist hier nichts Besonderes. Schließlich sind wir an der Nordseeküste, wo täglich Tonnen davon an Land gebracht werden. Aber in die leichte Brise mischt sich noch ein anderer Duft. Faule Eier? Modergeruch? Der Mief steigt in meine Nase und verwandelt sich in Gedanken an einen besonders schleimigen und ekelerregenden Fisch, der sich schon seit vielen Jahren, kaum behelligt, in bundesdeutschen Sumpfgewässern tummelt. Eine Spezies, für deren Züchtung dereinst tausend Jahre veranschlagt wurden, die aber bereits nach zwölf Jahren fortpflanzungsreif war, gierig jeden Dreck und Unrat hinunterzuschlang und sich so zu einem fetten, unmäßigen Tier auswuchs. Was hat das alles mit Franz Josef Strauß zu tun, der heute die bisher unbescholtene Nordseestadt aufsucht?

16 Uhr. Einige hundert Straußgegner sammeln sich. Das Durchschnittsalter ist niedrig. Schüler, Lehrlinge. Genossen der Roten Garde verteilen Flugblätter: „Strauß geht über Leichen, so wollen es die Reichen“. Sprechparolen für die Demo.

Stoppt-Strauß-Plaketten und Kleber („für Auto, Mofa und Gehirnprothese!“) finden reißenden Absatz.

Es geht los. Die Fünfhundert ziehen zur Stadthalle. Die Revisionisten haben die

Aktionseinheit gespalten, sonst wären es sicher tausend Antifaschisten gewesen, um Strauß einen salzigen Empfang an der Wasserkante zu bereiten.

Die „Alternativen“ geben sich mal wieder sehr „volksverbunden“. Das Mädchen (oder ist es ein Knabe?) am Mikrofon des Demowagens schlendert in lila-luftigen Pumphörschen daher, und die bestickte Weste stammt vielleicht vom letzten Katmandutrip. Einige „Typen“ stören das Bild ganz erheblich. Drogenszene auf Urlaub? Sie lassen eine Zwei-Liter-Rotweinflasche durch die lockeren Reihen kreisen.

Die Parolen auf den ausgeteilten Handzetteln sind gut.

„Strauß raus aus Bremerhaven!“

„Die SPD hat vorbereitet, daß der Strauß jetzt vorwärtsschreitet!“

Der Zug nähert sich der Stadthalle. Wir vermischen uns mit den dort versammelten Revis zu einem Protestwall rund um die Eingangstreppe, wo verschwitzte Junge-Union-Ordner dicke und dünne Bourgeoisdämchen einzeln durchreichen.

Strauß zu hören kostet Arbeit. Stiernackige CSU-Sympathisanten und feingliedrige Menschen sind gleichermaßen ungehalten über die enge Tuchfühlung mit dem „roten Pöbel“. Wir sehen die Busse aus Diepholz, Varel und Vechta, Cuxhaven und Syke. Später sagt Strauß: „Liebe Bremerhavener Bürger!“

Wir kommen durch. Die Halle ist erst halb gefüllt. Ein idealistischer Jagdhornbläserchor (er ist aus Westfalen angereist) bläst ein Halali. „Die Jagd ist eröffnet“ oder „Der Fuchs ist tot“? Eins von beiden muß es sein. Wir schauen um uns. Kann man Gesinnung von Gesichtern ablesen? Man kann. Und wir haben uns nicht getäuscht.

Viele sind durchgekommen. Das stellen wir fest, als der fette schmalzlockige, herausgeputzte Kanzlerkandidat im grellen Scheinwerferlicht des Fernsehens, eingekeilt wie ein Kardinal im Prozessionszug, die Halle betritt. Es pfeift und buht, daß der schmale Beifall fast völlig untergeht. Ich merke, wie sehr es anstrengt, zwei Minuten lang zu pfeifen. Rotwangige CDU-Maiden überreichen Blümchen. Auf dem T-Shirt, quer über dem Busen, steht „Jetzt Flagge zeigen“.

Das Monster gibt Autogramme.

Trotz aller Vorkenntnis bin ich überrascht, wie groß die Dummheit ist, die aus den Riesenlautsprechern dröhnt. „Eindrucksvolle Intelligenz“ hat Kanzler Schmidt gesagt. Ich bin beeindruckt von so viel hohlem Geschwätz, landschaftsgemäß abgeschwächtem Gezeifer und vornehm getragener Hetze. Modern konservativ — nicht reaktionär. Sollen sie es nennen wie sie wollen. Nach zehn Minuten haben wir genug.

Auf Wiedersehen, Strauß. In einer Stunde. In Bremen.



Tausende antifaschistischer Menschen forderten: „Strauß raus aus Bremen.“ Mit einem riesigen Polizeiaufgebot wurde Strauß Schutz vor den Antifaschisten geboten.

mus und Krieg bedeuten. Heute wissen wir es. Strauß, das ist nicht nur ein machtbesessener Politiker. Strauß, das ist ein Programm. Ein Programm des Kapitals, das Reaktion, Faschismus und Krieg bedeutet. Deshalb heißt das Gebot der Stunde: Wehret den Anfängen! Stoppt Strauß! Deshalb schlagen wir den Zusammenschluß aller antifaschistisch gesinnten Menschen aus allen Schichten

unseres Volkes vor, unabhängig von ihrer Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit.“

Spontan klatschten viele der Umstehenden Beifall. Durch ihr diszipliniertes Auftreten und durch die Redebeiträge des Genossen hat die Partei bestimmt einen Schritt vorwärts getan, um sich tiefer in den Massen zu verankern.

### Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML



Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML



Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren



Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“



Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: .....

Straße: .....

Plz/Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhofstraße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Rabels legt Untersuchungsbericht vor

# Ein Dokument des Grauens

Klose läßt Justizsenator fallen und wäscht seine Hände in Unschuld

**HAMBURG.** — Am 24. September, einen Tag nach Beendigung der oberirdischen Entsorgungsarbeiten auf dem Stoltzenberg-Gelände, legte Peter Rabels, ein persönlicher Freund des ersten Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose und Staatsrat in der in den Giftgaskandal mitverstrickten Hamburger Umweltbehörde, einen über 60 Seiten starken Untersuchungsbericht vor.



Vergeblich versuchte Hamburgs Erster Bürgermeister Klose die empörte Bevölkerung auf einer Versammlung zu beschwichtigen. Auch durch den Abschuß seines Justizsenators kann er sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Bereits am 21. September war der Bericht fertiggestellt. Doch scheint man die Zwischenzeit dazu benutzt zu haben, noch beschönigende Änderungen an ihm vorzunehmen. Ganze Abschnitte sind herausgelassen worden. Verschiedene Zeilen wurden nachträglich (?) herausgerutscht und einige Passagen sind mit einer anderen Schreibmaschine nachkorrigiert worden.

Trotzdem ist der von Staatsrat Rabels vorgelegte Bericht ein Dokument des Grauens. Nahezu alle Hamburger Senatsbehörden sind in den Giftgaskandal tief verstrickt. Zahlreiche Ämter wiesen immer wieder auf die gemeingefährlichen Zustände auf dem Stoltzenberg-Gelände hin, schon den Nazis war die „Unzuverlässigkeit“ Stoltzenbergs bekannt, doch bis heute blieb die Giftgasfabrik völlig unbehehlt.

## An Warnungen hat es nicht gefehlt

- „Im übrigen herrschen wie immer auf dem Grundstück ganz unglaubliche Verhältnisse. Überall treten aus zerfressenen Fässern giftige Gase und Dämpfe ins Freie und verpestern die Umgebung“ (Gewerbeaufsichtsamt nach einer Besichtigung am 9. Mai 1951).
- Am 9. Dezember 1955 wurde von Feuerwehr, Gewerbeaufsicht und der Bauprüfungsabteilung festgestellt, daß als Gasleitung unter anderem „mürbe Gartenschläuche“ benutzt wurden.
- Am 24. Juli 1959 merkte Obergewerberater Steinecke an: „Die Sachkunde von Herrn Dr. Stoltzenberg ist unbestritten, leider die Zuverlässigkeit nicht; daher halte ich das Werk [für] nicht geeignet als Ablageplatz für feuer- und explosionsgefährliche Güter.“
- Am 28. Januar 1968 stellte die Polizei fest: „Da die Zufahrt zum Firmenhof nicht verschlossen war und der defekte Zaun es jedermann ermöglicht, auf das Grundstück

zu gelangen, ist bei den nicht sicher gelagerten Chemikalien insbesondere für Kinder und Jugendliche eine Gefährdung gegeben.“

• „Nach Meinung der Feuerwehr mußte diese Betriebsstätte eigentlich umgehend stillgelegt werden.“ (Aus einem Feuerwehrbericht vom 22. Juni 1977).

**„Aber ich bitte Sie. Wie alt waren Sie, als Sie Ihren ersten Schnaps getrunken haben? Haben Sie da Ihre Mutter gefragt? Sehen Sie, ich auch nicht.“**

(Martin Leuschner auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß die Produktion von Giftgas in der Bundesrepublik verboten ist).

- Laut Untersuchungsbericht hat es 21 Mal gebrannt; über 200 Beamte haben seit Kriegsende das Firmengelände besichtigt; es gingen zahlreiche Beschwerden und Hinweise von Hamburger Bürgern bei den zuständigen Behörden ein.

## Die Rolle der Bundeswehr wird verschleiert

„Für die Bundeswehr lieferte die Firma insbesondere Kampfdemonstrationsmittel, Tränengaswurfkörper, Nebelpräparate und ähnliches mehr“, heißt es auf Seite 23 des Untersuchungsberichtes. Ferner werden Geschäftsbeziehungen von 1957 bis 1964 zugegeben; insgesamt habe das Bundeswehrbeschaffungsamt jedoch nur 15 Kilogramm Stickstofflost bei Stoltzenberg bezogen.

Diese „Enthüllungen“ sind

in höchstem Maße unvollständig, wenn nicht gar betrügerisch. Der Schriftsteller Wallraff, der bereits dem früheren Prokuristen und heutigen Stoltzenberg-Besitzer Leuschner das Geständnis entlockt hat, die Bundeswehr habe 35 Kilogramm Lost und auch das hochgiftige Nervengas Tabun bei ihm bestellt, führte gegenüber der *Deutschen Volkszeitung* aus: „Da wurden die in Munsterlager befindlichen Giftgasstoffe der Hamburger Firma aufs Gelände gekippt. Stoltzenberg kassierte pro LKW-Ladung 25 000 Mark. Das Zeug wurde in seinem Gelände verbuddelt. Das ging bis 1976.“

Und auf die Frage, ob der Hamburger Untersuchungsausschuß ihn schon geladen habe, antwortet der Schriftsteller: „Bisher wurde ich noch nicht geladen. Ich kann aber beweisen, daß damals Beamte des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung regelmäßig Dienstreisen nach Hamburg unternommen haben und bei Stoltzenberg ein- und ausgingen.“

## Die „Konsequenzen“ des Senats

Der erste Sündenbock ist der empörten Bevölkerung geliefert worden. Justizsenator Dahrensdorf — „ich habe nach reiflicher Prüfung ein reines Gewissen“ — ist zum Rücktritt gezwungen worden. Nicht, daß dieser Mann keinen Dreck am Stecken hätte; seine Behörde ist genauso verantwortlich wie die anderen Senatsausschüsse auch. Nur die Begründung ist mehr als dürftig. Als Verwaltungsbeamter des Innensenats hatte er 1971 auf Weisung seiner Vorgesetzten die Giftgasfabrik als „durchaus ungefährlich“ eingestuft. Damals war Heinz Ruhnau Innensenator, heute ist er Staatssekretär in Bonn; von ihm redet niemand.

Bürgermeister Klose spielt den Zerknirschten und verschanzte sich hinter der völlig unhaltbaren Schutzbehauptung, „nach Selbstprüfung aller Beteiligten“ sei kein „persönlich zurechenbares Fehlverhalten“ feststellbar. Seinen Justizsenator hat er fallen lassen. Vielleicht werden auch noch weitere Senatoren gefeuert, um den Volkszorn zu beruhigen. Was aber unter allen Umständen vermieden werden soll, ist die Entlarvung der Hintermänner, der Hauptschuldigen.

Lieber gesteht man zu, daß in den Hamburger Behörden eine Riesenschlamperei geherrscht hat, als daß zugegeben wird: Der wahre Grund dafür, daß alle Beschwerden aus der Bevölkerung, alle kritischen Berichte der zuständigen Behörden, der Polizei, der Feuerwehr in den Aktenordnern verschwanden, ohne daß die kleinste Konsequenz gezogen wurde, liegt darin, daß das Bundesverteidigungsministerium schützend seine mächtige Hand über den skrupellosen Giftgasfabrikanten in Hamburg gehalten hat!

## Offener Brief der KPD/ML an den Senat

Um den Forderungen der Hamburger Bevölkerung Nachdruck zu verleihen, hat sich der Landesverband Nord unserer

Partei in einem offenen Brief an Bürgermeister Klose gewandt. Darin heißt es unter anderem:

Zusammen mit der betroffenen Bevölkerung fordern wir folgende Sofortmaßnahmen:

1. Sofortiger umfassender Schutz der Bevölkerung in einem Umkreis von mindestens 2000 m um das Gelände der Giftküche. (Erstellung eines Evakuierungsplans, Information und Unterweisung der Betroffenen über die notwendigen Maßnahmen, Bereitstellung von Gasmasken, Krankenwagen, Atemschutzwagen, Medikamenten, Transportmitteln und menschenwürdigen Ausweichquartieren wie Hotels und Pensionen.)
2. Umfassende rückhaltlose Information der Hamburger Bevölkerung. Freigabe aller Akten zur Einsicht, einschließlich der sogenannten Verschlusssachen der Bundeswehr, Aufhebung des Redeverbotes aller Beamten, vor allem von Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr.
3. Beteiligung von Vertretern der betroffenen Einwohner an den Untersuchungen und von Parteien, die nicht durch Mauscheleien in der Bürgerschaft verdächtig sind, das Verbrechen zu vertuschen.
4. Sofortige völlige Aufklärung über die Rolle und Verantwortung der Bundeswehr bei der Herstellung, Lagerung und Vernichtung von Giftgas.
5. Sofortige Zahlung des Lohnausfalls der evakuierten Arbeiter

einschließlich der tariflichen Überstunden- und Nachtarbeitszuschläge; sofortige finanzielle Entschädigung der betroffenen Kleinbetriebe.

6. Sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen den Vater des getöteten Oliver Ludwig, der schließlich ein Opfer der Verbrechen der Giftgashersteller wurde, die den Hamburger Behörden und der Bundeswehr seit Jahren bekannt waren.

7. Strenge Bestrafung der Giftgas-Verbrecher und aller Verantwortlichen in den Behörden. Einziehung des gesamten Vermögens der Familie Leuschner und der Stoltzenberg-Erben.

Abgesehen von diesen dringenden Sofortmaßnahmen fordern wir Sie, den gegenwärtigen Bürgermeister der Stadt Hamburg auf, sich in Bonn für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Untersuchung und völlige Offenlegung der Verantwortlichkeit der Bundeswehr.
2. Strenge Bestrafung der Verantwortlichen in den Etagen der Bonner Ministerien bis zu den ehemaligen Verteidigungsministern Strauß, von Hassel und Schmidt.
3. Einstellung aller Giftgasmanöver der Bundeswehr.
4. Weg mit allen atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen auf deutschem Boden.

## 60 Jahre Giftgasproduktion

Vorreiter waren die deutschen Imperialisten



Dr. Hugo Stoltzenberg diente unter Kaiser Wilhelm, Adolf Hitler und den Ministern Strauß und Schmidt. Das Bild zeigt ihn im Gespräch mit einem Bundeswehroffizier.

Die erste Giftgasgeneration wurde von dem deutschen Chemiker Prof. Fritz Haber [Mitarbeiter war Stoltzenberg] entwickelt. Dabei handelt es sich um die unter dem Sammelnamen „Grünkreuz“ bekannten Gifte Chlorgas und Chlorkohlennmonoxyd [Phosgen]. Über deren Wirkung schrieb Dr. Hugo Stoltzenberg 1930: „Die Einatmung verdünnter Phosgen geht anfangs fast ohne Beschwerden vor sich. Die Schädigungen treten erst allmählich auf. Das Phosgen spaltet beim Zusammenstoßen mit Blut und Gewebsflüssigkeit Salzsäure ab, welche die feinen Zwischenwände im Innern der Lunge zerstört. So läuft die Lunge allmählich mit Blutserum voll. 3,5 Milligramm führen, in einer Minute eingeatmet, zum Tode. Aus dem soeben Geschilderten geht hervor, daß das Phosgen einen ausgezeichneten Offensivkampfstoff darstellt.“

Die nur wenig später entwickelten „Blaukreuzgase“ führten zwar nicht zum Tode, drangen aber auch in Gasmasken ein, zwangen die Soldaten zum Abreißen der Masken und lieferten sie so schutzlos den unmittelbar anschließend abgefeuerten „Grünkreuzgasen“ aus. Das von Prof. Haber entwickelte

kombinierte Verfahren ging als „Buntschießen“ in die Geschichte ein.

Noch im ersten Weltkrieg gelang die Entwicklung der zweiten Giftgasgeneration, der sogenannten „Gelbkreuzgase“, die auch Lost genannt wurden. Der „Fortschritt“ des „Gelbkreuzes“ bestand vor allem darin, daß seine Wirkung bis zu vier Wochen anhält. Einmal eingeatmet, verätzt es Atemwege und Lunge, Körperzellen und Blutkörperchen; es ruft auf der Haut starke, immer wieder aufbrechende Verätzungen hervor. Je nach Dosis tritt der Tod nach einer Woche oder nach Monaten qualvollen Sterbens ein.

Die dritte Giftgasgeneration wurde — ebenfalls unter Mitarbeit Dr. Stoltzenbergs — in den Giftküchen des Dritten Reiches zusammengebräut. Die Nervengase, deren Wirkung die „Errungenschaften“ des ersten Weltkriegs um das Hundertfache übertrafen, wurden entwickelt, 1936 Tabun, 1939 Sarin und 1944 Soman. Diese Gase gehören zur Gruppe der phosphororganischen Verbindungen und lähmen das Atemzentrum. 100 Milligramm Sarin in einem Kubikmeter Luft sind absolut

tödlich. Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen die Amerikaner die Weltspitze bei der Entwicklung chemischer Kampfstoffe. 1961 brachten sie ein neues Nervengas unter dem Kodennamen VX auf den Markt der chemischen Massenvernichtungswaffen. Als 1968 in einem amerikanischen Bundesstaat ein Kanister mit VX auslief, verendeten 40 Kilometer weiter 6400 Schafe.

Daß einer der führenden Giftgasexperten Deutschlands, Dr. Hugo Stoltzenberg, den deutschen Imperialisten während zweier Weltkriege mit seinen mörderischen Erzeugnissen treu zur Seite stand, daß er ihnen diene, egal, ob der oberste Feldherr Kaiser Wilhelm, Adolf Hitler, Franz Josef Strauß oder Helmut Schmidt hieß, wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf den Charakter seiner Auftraggeber, sondern zeigt darüber hinaus, daß die Kapitalisten, unabhängig davon, welcher Gesellschaftsform sie sich gerade bedienen, Monarchie, offener Faschismus oder parlamentarischer Demokratie, zu jedem noch so großen Verbrechen bereit sind.

# Zum Tod des Genossen Hysni Kapo

## Nachruf auf Genossen Hysni Kapo

**„Sein ganzes Leben war der großen Sache der Partei, der Revolution und des Sozialismus gewidmet“**



In der albanischen Presse erschien der folgende Nachruf auf den Genossen Hysni Kapo, unterzeichnet vom Genossen Enver Hoxha, von den anderen Partei- und Staatsführern Albaniens sowie von herausragenden Patrioten und Mitkämpfern Hysni Kapos.

Am 23. September verstarb nach schwerer Krankheit unser geschätzter Genosse, das ruhmreiche Mitglied unserer heldenhaften Partei, der geliebte Sohn des Volkes, einer der hervor-

ragendsten Führer von Partei, Staat und Volk, Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Mitglied des Verteidigungsrates, Abgeordneter der

Volksversammlung der SVRA, Mitglied des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens.

Genosse Hysni Kapo wurde im März 1915 im Dorf Terbac, Distrikt Vlora, als Sohn einer Bauernfamilie mit patriotischen Traditionen geboren. In seinen jungen Jahren, noch vor der Gründung der KP Albaniens, beteiligte er sich an der kommunistischen Bewegung des Landes. In den ersten Apriltagen von 1939 erwies er sich als energischer antifaschistischer Kämpfer, als glühender Patriot, als Anreger und Organisator des Widerstandes, den das heldenhafte Volk von Vlora der faschistischen italienischen Besatzung entgegensetzte.

Mit ihrer Gründung am 8. November 1941 wurde Genosse Hysni Kapo Mitglied der KP Albaniens. Er wurde von der Partei mit der wichtigen Aufgabe des politischen Sekretärs des Regionalkomitees von Vlora beauftragt. Genosse Hysni Kapo erwarb sich besondere Verdienste bei der Festigung und Ausweitung der Parteiorganisation in der Region von Vlora, beim nachdrücklichen und kompromißlosen Kampf gegen die verschiedenen Verräter und Abweichler, bei der Organisation der Nationalen Befreiungsräte und bei der Einigung und Organisation des Volkes zur bewaffneten Erhebung für die Freiheit. Genosse Hysni Kapo stand ohne zu schwanken treu zu den Lehren der Partei, er war ein begeisterter Agitator und Propagandist, ein Organisator und Führer von hohem Rang und ein mutiger Kämpfer. Durch diese Eigenschaften wurde er zu einem leuchtenden Vorbild für die Kommunisten, für die Partisanen, für das Volk, das ihn so sehr liebte.

Genosse Hysni Kapo arbeitete mit großer Entschlossenheit und Fähigkeit für die Organisation der Partisaneneinheiten. Von Anfang an war er Mitglied des Generalstabs der Nationalen Befreiungsarmee.

Auf der ersten nationalen Konferenz der KP Albaniens im

März 1943 ist Genosse Hysni Kapo in das ZK gewählt worden. Seit dem I. Parteitag ist er ununterbrochen zum Mitglied des Politbüros gewählt worden; seit dem III. Parteitag war er auch Sekretär des ZK der Partei.

Genosse Hysni Kapo war eine herausragende Persönlichkeit im Staat und in der Gesellschaft. 1943 wurde er in Labinot auf der Tagung des Generalrats der Nationalen Befreiungsräte zum Mitglied dieses Rats gewählt. 1944 auf dem Antifaschistischen Kongreß der Nationalen Befreiung wurde er mit hohem staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben betraut, und er leitete mit vollem Erfolg viele wichtige Bereiche in der Partei, im Staat, in der Wirtschaft, der Armee und in der Diplomatie.

Genosse Hysni Kapo ist immer ein entschlossener und konsequenter Kämpfer gewesen, sowohl während der stürmischen Jahre des Nationalen Befreiungskrieges als auch während des Wiederaufbaus und des sozialistischen Aufbaus in unserem Land und im Klassenkampf gegen die Feinde der Partei und des Volkes, gegen die verschwörerische und subversive Tätigkeit der Imperialisten, der Sozialimperialisten und der Revisionisten verschiedener Schattierung. Er leistete einen sehr wertvollen und tiefgehenden Beitrag zur Festigung der Partei, zur Bewahrung ihrer ideologischen und organisatorischen Einheit, zur Stärkung der Diktatur des Proletariats, zur Erziehung und Modernisierung unserer bewaffneten Kräfte, zur Handhabung der prinzipienfesten Außenpolitik unserer Partei.

Er arbeitete mit beispielhafter Fähigkeit und ohne sich zu schonen an der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes. Unter allen Bedingungen und überall, wo er wirkte, hat er gewissenhaft und mutig die Linie

unserer Partei, die schöpferischen Lehren des Marxismus-Leninismus angewandt und verteidigt.

Als Mitglied der höchsten Führungsorgane der Partei hat Genosse Hysni Kapo mit der marxistisch-leninistischen Reife und Entschlossenheit eines hervorragenden Führers gearbeitet und gekämpft.

Mit der prinzipienfesten Haltung und dem hohen proletarischen Geist, die ihn gekennzeichnet haben, mit seiner unermüdlichen und beharrlichen Arbeit, mit seinem stählernen Willen, seiner Bescheidenheit, der Liebe zum Volk und der Härte gegen die Feinde; mit all den vorbildlichen Eigenschaften und Tugenden, die er als Kommunist, als Führer und treuer Sohn des Volkes hatte, wird Genosse Hysni Kapo stets das bleiben, was er immer gewesen ist: eine glänzende und verehrte Persönlichkeit unserer Partei, unseres Volkes und unserer bewaffneten Kräfte.

Sein ganzes Leben als Kämpfer und kommunistischer Revolutionär hat Genosse Hysni Kapo der großen Sache der Partei, der Revolution, des sozialistischen Aufbaus, des Triumphs der siegreichen Lehre des Marxismus-Leninismus gewidmet. In den großartigen Erfolgen, die das sozialistische Albanien in 35 Jahren errungen hat, in der Errichtung, Stärkung und Modernisierung der Industrie, in der erfolgreichen Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft, in der Erhöhung des kulturellen Niveaus und des Wohlstands des Volkes, im allseitigen Aufblühen und Gedeihen des Landes und in der Stärkung des

Verteidigungspotentials unserer sozialistischen Heimat, überall dort ist die herausragende Tätigkeit dieses geschätzten Sohnes der Partei und des Volkes gegenwärtig.

Die Volksversammlung der SVRA hat die Verdienste des Genossen Hysni Kapo sowohl während des Krieges als auch nach der Befreiung hoch eingeschätzt und ihm die höchsten Titel, den des „Helden des Volkes“ und den des „Helden der sozialistischen Arbeit“ sowie eine Reihe anderer Orden und Auszeichnungen verliehen.

Genosse Hysni Kapo hat unsere Reihen zu einer Zeit verlassen, wo die Partei und das Volk seine Fähigkeiten als Führer, seine reiche Erfahrung, seine Weisheit und Intelligenz sehr brauchten. Mit dem Tod des Genossen Hysni Kapo erleiden die ganze Partei, unser Volk, die Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Soldaten, die Jugendlichen und die Kader überall im Land, seine Familie, all seine Genossen, Mitkämpfer und Mitarbeiter einen schweren Verlust. Aber sie alle, fest zusammengeschlossen um die Partei, werden es verstehen, diesen Verlust, diesen großen Schmerz in revolutionäre Stärke zu verwandeln, um das großartige Programm der Partei für den sozialistischen Aufbau und die Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit des geliebten Vaterlands zu verwirklichen, um überall die von der Partei gestellten Aufgaben zu erfüllen, so wie es unser unvergessener Genosse Hysni Kapo gewünscht hat und wofür er mit beispiellosem Heldentum bis zu den letzten Stunden seines Lebens gekämpft hat.

## Beileidstelegramm des ZK der KPD/ML

An

Genossen Enver Hoxha  
Zentralkomitee der PAA  
Genossen  
Haxhi Lleshi  
Präsidium der Volksversammlung  
Genossen Mehmet Shehu  
Ministerrat der SVRA  
Tirana

Mit größter Bestürzung haben wir vom Tod des Genossen Hysni Kapo, Sekretär des ZK und Mitglied des Politbüros der PAA erfahren. Das ZK der KPD/ML bekundet allen albanischen Kommunisten und dem gesamten albanischen Volk, dem ZK der PAA, dem Präsidium der Volksversammlung und dem Ministerrat der SVRA sowie der Familie und den Angehörigen des Genossen Hysni Kapo das tiefste empfundene Mitgefühl und die herzlichste Anteilnahme für diesen großen und schmerzlichen Verlust, der Sie getroffen hat.

Genosse Hysni Kapo war ein großer und geliebter Sohn des albanischen Volkes, einer der hervorragendsten Führer der PAA, der sein ganzes Leben, ohne Opfer zu scheuen, bedingungslos den Interessen der Revolution, des Sozialismus und Kommunismus geweiht hat. Groß war sein Beitrag im Nationalen Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Besatzer und die Landesverräter für die Befreiung Albaniens und den Sieg der Volksrevolution. Entschieden kämpfte er für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats unter Führung der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Unerbittlich trat er ein für die Verteidigung der Lehren des Marxismus-Leninismus und kämpfte gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus.

Wir sind überzeugt, daß das Beispiel dieses bedeutenden Genossen, der viel zu früh aus Eurer und auch aus unserer Mitte gerissen wurde, das albanische Volk mobilisieren wird, um unter Führung der PAA noch größere Siege zu erringen. Die Siege des sozialistischen Albaniens begeistern heute die Kommunisten und Revolutionäre in der ganzen Welt.

Das Andenken des Genossen Hysni Kapo, des wahrhaft marxistisch-leninistischen Kämpfers, des großen proletarischen Revolutionärs und treuen Soldaten der Partei, wird unvergessen bleiben. Sein Beispiel wird unsere Partei anspornen, noch entschiedener zu kämpfen für die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse in West und Ost, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Das Andenken des Genossen Hysni Kapo wird unvergessen bleiben.

ZK der KPD/ML  
Ernst Aust  
Vorsitzender

## Albanien trauert um Genossen Hysni Kapo

Am 24. September 1979 um 18.00 Uhr fand unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, die gemeinsame Beratung des Plenums des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, des Präsidiums der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und des Vorstands des Generalrats der Demokratischen Front statt.

Auf dieser Beratung informierte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha, die Anwesenden über den Tod des Genossen Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros, Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Mitglied des Verteidigungsrates, Abgeordneter der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Mitglied des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens.

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens, das Präsidium der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, der

Generalrat der Demokratischen Front Albaniens beschlossen, einen Ausschuß zur Vorbereitung der Beisetzungsfestlichkeiten für Genossen Hysni Kapo zu bilden. Der Ausschuß wird geleitet von Genossen Enver Hoxha. Ebenso wurde beschlossen, die fünf Tage vom 25. bis zum 29. September zu nationalen Trauertagen zu erklären, um das Andenken des Genossen Hysni Kapo zu ehren.

Das albanische Volk nahm die Nachricht vom Tod des Genossen Hysni Kapo, seinem teuren und treuen Sohn, dem ruhmreichen Führer der Partei und des Volkes, mit tiefem Schmerz auf. Am 25. September wurde an allen öffentlichen Gebäuden die Nationalflagge auf Halbmast gesetzt.

Um den Sarg mit dem Leichnam des Genossen Hysni Kapo zu empfangen, der mit dem Flugzeug aus Paris in die Heimat überführt worden war, hatten sich auf dem Flughafen Rinas der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees der Partei, der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Genosse Haxhi

Lleshi, Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, des Präsidiums der Volksversammlung, Vertreter der Massenorganisationen und Familienangehörige des Genossen Hysni Kapo eingefunden. Gekommen war auch der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Französischen Republik in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Gabriel Lecomte.

Als das Flugzeug gelandet war, traten Genosse Enver Hoxha und andere Partei- und Staatsführer heran. Eine Gruppe von Soldaten hob den mit einer Nationalflagge bedeckten Sarg mit dem Leichnam des Genossen Hysni Kapo heraus. Der Sarg wurde begleitet von Genossin Vito Kapo, der Gattin von Genossen Hysni Kapo, und den Kindern, vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Ramiz Alia, von Gesundheitsminister Llabi Zishti sowie vom außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Sozialistischen Volksrepublik Albanien in der Französischen Republik, Misdo Dreska. Genosse Enver Hoxha und andere Führer von Partei und Staat trugen auf ihren Schultern den Sarg mit dem

Leichnam des Genossen Hysni Kapo zu dem bereitstehenden Wagen und bedeckten ihn mit Blumengebinden. Genosse Enver Hoxha und andere Führer von Partei und Staat umarmten in diesen schmerzlichen Augenblicken die Familienangehörigen des Genossen Hysni Kapo. „Es lebe Genosse Enver! Es lebe die Partei!“, das waren seine letzten Worte, sagte Genossin Vito Kapo, die Gattin von Genossen Hysni Kapo, zu Genossen Enver Hoxha.

Genosse Enver Hoxha und die anderen Partei- und Staatsführer bekundeten den Familienangehörigen des Genossen Hysni Kapo ihr Beileid zu diesem schweren und allzu frühen Verlust. Danach fuhr der Autokonvoi nach Tirana. Die Straßen waren mit Menschen gesäumt, die schweigend Genossen Hysni Kapo, dem hervorragenden Führer der Partei der Arbeit und des albanischen Staates, der sein ganzes Leben der großen Sache von Partei und Volk gewidmet hat, die Ehre erwiesen. Genosse Enver Hoxha und andere Partei- und Staatsführer statteten am 25. September der Familie des Genossen Hysni Kapo zu Hause einen Beileidsbesuch ab.

(Nach einer Sendung von Radio Tirana vom 25.9.79)

Mit dieser Ausgabe des Roten Morgen beginnen wir eine lose Folge von Auszügen aus dem Buch des Genossen Enver Hoxha *Betrachtungen über China*. Eine Würdigung dieses wichtigen Werkes, das für jeden Kommunisten, für jeden fortschrittlichen Menschen interessant und lehrreich ist, wurde bereits im letzten Roten Morgen veröffentlicht.

Die einzelnen Tagebucheinträge des Genossen Enver Hoxha sind bei unseren Auszügen zum Teil gekürzt wiedergegeben.

Auszüge aus dem Buch des Genossen Enver Hoxha

# Betrachtungen über China

Mittwoch, 13. Juni 1962

## China geht einen zentristischen Weg

...Zuallererst erklärten sich die chinesischen Genossen solidarisch mit unseren Ansichten im Zusammenhang mit den internationalen Fragen und über die revisionistische Gruppe Chruschtschows und seiner Gefolgschaft. Sie bezeichneten unsere Haltungen als richtig und sagten, daß wir (die Albanen) freie Hand hätten, gegen die Chruschtschowianer zu kämpfen, da diese uns zuerst angegriffen hätten.

Alle Bemühungen der chinesischen Genossen konzentrieren sich jetzt darauf, uns dazu zu überreden, die Bedingungen, die wir für eine Beratung gestellt haben, fallenzulassen, und an der Beratung, die die Sowjets und Chinesen natürlich vorbereiten werden, teilzunehmen. Die Gründe, auf die sie dieses Ansinnen stützen, sind haltlos, schwach und von ausgesprochen opportunistischem Geist durchdrungen. Die chinesischen Genossen scheinen zu schwanken, sie haben Angst vor dem Kampf mit den Revisionisten, überschätzen die Kräfte des Feindes und unterschätzen unsere und des Weltkommunismus Kräfte. Sie bemühen sich, eine Art Kompromiß zu erreichen. Unsere entschlossene Haltung hindert sie daran, deshalb werden sie sich.

Freitag, 17. April 1964

## Die Lakaien dekorieren Chruschtschow. Die chinesische Führung schickt ein Glückwunsch-telegramm

Chruschtschows Lakaien haben ihm gestern und heute in Moskau zum Geburtstag Auszeichnungen überreicht, vom „Goldenen Stern“ bis zum „Löwenorden“. Jubeltelegramme erhält Chruschtschow von weit und breit, aber eines der unerfreulichsten und absolut falschen ist das der chinesischen Genossen. Ihr Vorgehen ist vom klassenmäßigen, politischen und ideologischen Standpunkt aus ein Fehler. Wir sind mit diesem ihrem Akt absolut nicht einverstanden und werden die Gelegenheit finden, es ihnen zu sagen, wenn nicht direkt, dann auf jeden Fall indirekt. Wir werden heute Chruschtschow den Titel eines „Ehrenbürgers“ der Stadt Tirana aberkennen und zwar mit der Begründung, die ein Verräter wie er verdient. So daß dieser wichtige politische Akt eine „Auszeichnung“ auch unsererseits für den Revisionisten und zugleich eine Antwort auf die Telegramme sein

wird, die ihm die Chinesen, die Koreaner, die Vietnamesen und andere geschickt haben.

Dienstag, 18. August 1964

## Das nennt man: Seine Fahne nach dem Wind drehen

Die chinesische Führung wurde durch die Taktik, die wir beim Fest der Rumänen einschlagen werden, veranlaßt, uns auch ihre Taktik mitzuteilen. Die chinesische Delegation wird sich für die Revisionisten erheben, jedoch nicht applaudieren, und sie wird den Saal nicht verlassen, wenn China namentlich angegriffen wird. Hier wird



820 Seiten, 14,— DM. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

sich also die Nichtübereinstimmung öffentlich zeigen. Das macht nichts, das ist gut so. Gut wäre es, wenn die Chinesen die gleiche Haltung einnehmen würden wie wir, doch da ist nichts zu machen, wir können nicht ihre Haltung einnehmen, das wäre ein prinzipieller Fehler.

Zugleich erklären uns die Chinesen auch, daß die chinesische Führung Verständnis dafür habe, daß Rumänien von den Imperialisten Kredite nimmt und gegenüber den Titoisten eine versöhnliche Politik betreibt, es könne gar nicht anders, sonst werde Rumänien zugrunde gerichtet. Diese Ansicht der chinesischen Genossen ist durch und durch revisionistisch.

Freitag, 21. August 1964

## Die Chinesen stehen auf nationalchauvinistischen Positionen

...Die Einstellung der Rumänen ist klar, interessant ist aber Tschou-En-lais Haltung im Gespräch mit dem rumänischen Botschafter. Dieses Gespräch wurde auf einem völlig falschen Kurs und von nationalistischen Positionen gegenüber der Sowjetunion aus geführt. Tschou-En-lai erhebt vor den Rumänen Gebietsansprüche an die So-

wjetunion. Er beschuldigt die Sowjetunion (Lenin und Stalin, denn zu ihrer Zeit hat dieser „Raub“, so Tschou-En-lai, stattgefunden), sie habe chinesische, japanische, polnische, deutsche, tschechische, rumänische, finnische u.a. Gebiete geraubt. Zum anderen erklärt Tschou-En-lai den Rumänen, sie täten gut daran, die Gebiete zurückzufordern, die ihnen die Sowjetunion geraubt hat.

Das sind keine marxistisch-leninistischen, sondern nationalchauvinistische Methoden. Es mögen auch Fehler vorgekommen sein, aber diese Dinge gerade jetzt aufzuwerfen, da vor uns in erster Linie der ideologische Kampf gegen den modernen Revisionismus steht, das bedeutet, Chruschtschow nicht zu bekämpfen, sondern ihm im Gegenteil auf seinem chauvinistischen Kurs zu helfen.

Samstag, 22. August 1964

Am wichtigsten ist, daß Tschou-En-lai die Frage der Gebietsansprüche nicht einfach als taktische, sondern als grundsätzliche Frage stellt. Die Forderungen der Chinesen bauen auf einer gefährlichen Plattform auf und gehen von nationalistischen Positionen aus, solange sie selbst Ansprüche auch auf die Äußere Mongolei erheben. Diese Plattform hat mit dem Kampf gegen den Chruschtschowismus und Chruschtschow nichts zu tun.

Die Chinesen verlangen, daß von allen Staaten alle Grenzen zur Sowjetunion überprüft werden.

Mao hat einen großen Fehler gemacht, als er vor den japanischen Sozialisten die Frage der Gebietsansprüche angesprochen hat.

Dienstag, 15. September 1964

## Die chinesische Haltung: „Den ersten Schritt sie, den zweiten Schritt wir“

Natürlich, die chinesischen Genossen müssen mit Chruschtschow im Hinblick auf seine Handlungen nach Stalins Tod schon vor 1957 im allgemeinen einverstanden gewesen sein. Denn als ich 1956 in Peking mit Genossen Mao zusammensaß, kritisierte er uns gegenüber die „nicht richtige“ Taktik Stalins und insbesondere die „Handlungen Stalins gegenüber Jugoslawien“. Hatte doch, laut Mao, „Stalin Fehler gemacht“ während die Jugoslawen „ehrenwerte Marxisten“ waren. Und gerade die Chinesen waren die ersten und die einzigen, die zu jener Zeit, um diese „Idee“ zu untermauern, die Jugoslawen zu ihrem Parteitag, zum Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas einluden.

## Eine angespannte Situation

# Putschdrohung in Spanien

## Militärs gegen den Kampf um Arbeiterrechte und nationale Selbstbestimmung

MADRID.— Generalleutnant Jaime Milans del Bosch, Oberkommandant des Militärbezirks Valencia hat in der letzten Woche der Regierung Suarez offen mit einem Militärputsch gedroht. Sein Grund: Die Bilanz der Entwicklung seit Francos Tod sei nicht positiv.

Ganz offen drohte dieser im ganzen Land bekannte Faschist, daß in dem Falle, daß Gesetze, Polizei und Justiz gegen den Terrorismus keine durchschlagenden Erfolge erzielten, die Armee eingreifen müsse.

Daß dies sogar ein Bruch der geltenden Verfassung ist, hat für diesen fanatischen Feind der Völker Spaniens keinerlei Konsequenzen.

Als Beweis für seine These von der negativen Entwicklung seit Francos Tod führte er an, daß seit 1976, seit die Regierung Suarez besteht, unter anderen fünf Generäle und elf andere hohe Offiziere getötet wurden. Diese Toten waren, wie er selbst, Francos Generäle, die alte Militärcamarilla, die dessen blutige Diktatur im Auftrag des USA-Imperialismus aufrecht erhielten. Während die werktätige Bevölkerung Spaniens die Regierung Suarez dafür anklagt, daß diese Leute nicht nur ungestraft bleiben, sondern nach wie vor zur Führung gehören, beklagt del Bosch das Sinken des Ansehens der Armee.

Ein weiterer Grund für seine Putschdrohung war, wie er selbst sagte, die allgemeine Unmoral, der Defätismus und Egoismus, der sich in der spanischen Gesellschaft breitmachte. Damit meinte er natürlich nicht die kleine Schicht von spanischen Unternehmern, die sich maßlos bereichert, die das Land den amerikanischen Monopolen ausgeliefert hat, sondern er meinte die Arbeiterklasse und deren Forderungen.

Hier befürchten die amerikanischen und spanischen —

und auch westdeutschen — Monopolherren die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter für ihre Forderungen. Während im Parlament die verschiedenen monarchistischen Parteien, darunter auch die sozialdemokratische PSOE und die revisionistische PCE, über ein neues Arbeitsgesetz streiten, bereiten sich die Arbeiter auf Streiks vor, sind selbst die Bonzen der Gewerkschaften gezwungen, mit dem Generalstreik zu drohen.

Die Arbeiter in Spanien verlangen das Recht auf Versammlung, Rede und Vertretung im Betrieb, das Streikrecht, die 40-Stunden-Woche sowie höheren Lohn gegen die Preistreiber der Monopole, die zu einer 20prozentigen Inflation in diesem Jahr geführt hat. Die Zeitung *Vanguardia Obrera*, Zentralorgan der KPSp/ML, veröffentlichte dazu vor kurzem eine Erklärung des Sekretariats der AOA, die die Bewegung der Arbeiter gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung zusammenfaßt, und betont, daß ein entschiedener Kampf mit allen Mitteln nötig ist, um diese Forderungen durchzusetzen.

In dieser zugespitzten Situation dienen solche provokatorischen Akte wie die Bomben im Bahnhof von Madrid vor einiger Zeit, die von unserer spanischen Bruderpartei entschieden verurteilt wurden, den Faschisten und der reaktionären Regierung als Vorwand, die Unterdrückung zu verschärfen. Auf solche Aktionen bezog sich del Bosch in seiner Drohung immer wieder.

## Im öffentlichen Dienst Italiens

# Streiks führten zu Erfolgen

## Weitere Kämpfe stehen bevor

MAILAND.— Der Kampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Italien hat zu einem ersten Erfolg geführt. Die Klausel, daß ihre Löhne, im Gegensatz zu den Industriearbeitern, nur alle sechs Monate der Inflation angeglichen werden, ist gefallen.



Eine der zahlreichen Massendemonstrationen der Arbeiter in den letzten Monaten.

Ein 24stündiger Generalstreik und mehrere regionale und zeitlich begrenzte Streiks haben die Regierung jetzt zum Nachgeben gezwungen. In Zukunft werden, wie in der Indu-

strie, die Löhne und Gehälter der öffentlichen Bediensteten vierteljährlich der Inflationsrate angepaßt.

Weitere Kämpfe, bis hin zu einem erneuten Generalstreik der Eisenbahner am 6. Oktober, sind jetzt geplant, um die Summe des Nachschlags, den die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für das letzte halbe Jahr erhalten, festzulegen. Während die Arbeiter 250.000 Lire als einmalige Sonderzahlung verlangen, bietet der Staat bisher nur 180.000 Lire an.

Nach wie vor aber besteht der Plan der Regierung und des Unternehmerverbands, einige besonders wichtige Güter aus dem Preisindex zu nehmen, um so die Inflationsrate und damit auch den Ausgleich niedriger zu halten. Dabei meinen sie vor allem die Erdölprodukte, die auch in Italien am meisten im Preis gestiegen sind.

## Pol-Pot-Regime Vertreter Kambodschas in der UNO

NEW YORK.— In dem wochenlangen Streit in der UNO, wer Kambodscha bei der diesjährigen Vollversammlung vertreten soll, wurde jetzt von den beiden Achtmächten USA und China das Regime des Massenmörders Pol Pot als legale Vertretung durchgesetzt.

Jeder auf der ganzen Welt weiß heute sehr genau, was für ein Regime das des angeblichen Kommunisten Pol Pot in Kambodscha war — ein faschistisches, ein Regime des Massenmords. Das wird heute nur noch von einigen maoistischen politischen Gruppen geleugnet, selbst die chinesischen Oberherren Pol Pots gestehen das ein.

Und ausgerechnet dieses Regime, das von der westlichen Propaganda jahrelang als Aufhänger für eine intensive antikomunistische Kampagne benutzt wurde, wird jetzt von denselben Westmächten als Partner anerkannt.

Der Massenmörder Pol Pot und seine Leute werden von Washington und Peking, aber auch von Bonn, in den UNO-Stuhl gehoben. Da sind plötzlich alle Tatsachen vergessen, alle Einwände beiseite geschoben, der Massenmörder ist eine Figur, die man brauchen kann, also wird er benutzt.

## El Salvador Neuer brutaler Polizeieinsatz

SAN SALVADOR.— Nur wenige Tage nach dem Feuerüberfall auf eine Demonstration in der Hauptstadt, hat jetzt die Polizei Demonstrationen, die in das Arbeitsministerium eingedrungen waren, mit der Waffe herausgedrängt.

Solche Zwischenfälle gehören in dem mittelamerikanischen Staat heute zum Alltag. Jeden Tag finden riesige Demonstrationen gegen das Regime Romeros und seine US-amerikanischen Oberherren statt, die immer wieder mit brutaler Polizei- und Militärgewalt niedergeschlagen werden. So ist inzwischen eine revolutionäre Situation im Land entstanden. US-Krisenmanager Viron Vaky vom Außenministerium reiste in den letzten Tagen viermal nach San Salvador, um von der Regierung beruhigende Maßnahmen zu fordern.

## Argentinien Armee verhaftet Kleinkinder

BUENOS AIRES.— Pressesprecher der argentinischen Armee gaben letzte Woche zu, daß die Armee eine Mutter mit ihren drei kleinen Töchtern verhaftet habe.

Die Familie war in Buenos Aires verschwunden, was in der Öffentlichkeit große Besorgnis hervorrief. Die Armeesprecher teilten nun mit, es sei deswegen geschehen, damit die Mutter und ihre Kinder geplante Operationen gegen Guerrilleros nicht verraten könnten. Man habe sie in ein spezielles Etablissement gebracht. Damit sind seit langem kursierende Gerüchte bestätigt, das argentinische Regime habe spezielle Kindergefängnisse.

## Bezirksregierung verweigert KZ-Gedenktafel

# Amtshandlung im Geist der Gaskammerwitze

Während hierzulande Nazi-Verbrecher im allgemeinen das Wohlwollen des Staates genießen und nicht selten in hohe und höchste Ämter gelangen, wird das Andenken an die Nazi-Opfer immer wieder mit oft ungeheuerlichem Zynismus in den Schutz getreten. Dafür hat kürzlich die niedersächsische Bezirksregierung ein neues Beispiel geliefert.

Die Bezirksregierung weigerte sich, auf dem Friedhof des ehemaligen KZ Esterwegen im Emsland die Aufstellung einer Gedenktafel zu genehmigen. Die Tafel war am 1. September, dem diesjährigen Antikriegstag, im Verlauf einer Gedenkkundgebung des DGB und des Carl-von-Ossietzky-Arbeitskreises Ostfriesland auf dem Lagerfriedhof angebracht worden.

Zur Begründung ihrer Ablehnung führte die Bezirksregierung unter anderem an: Auf dem Friedhof in Bockhorst/Esterwegen seien keinesfalls, wie auf der beantragten Tafel behauptet, Tausende von Toten der einstigen Lager im Emsland beigesetzt, sondern insgesamt 1317 Tote. Weiter sei Esterwegen seit 1936 auch gar kein Konzentrationslager mehr gewesen, sondern — so der Originalton Weser-Ems — „ein echtes Strafgefangenenlager, in dem Strafgefangene untergebracht waren, die durch ordent-

liche Gerichte nach den bestehenden Gesetzen verurteilt worden waren.“ Und schließlich würden „Begräbnisstätten dieser Art“ immer nur von „bestimmten interessierten Personen“ besucht, die ohnehin Bescheid wüßten, so daß sich die Gedenktafel erübrige.

Die Gegenüberstellung von den „Tausenden“ und den „1317“ ist mehr als makaber. Sie atmet den Geist der Juden- und Gaskammerwitze; sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die geistige Beschaffenheit der Typen, die im Bezirk Weser-Ems die Regierungsgeschäfte wahrnehmen. Überdies ist die von der Bezirksregierung genannte Zahl falsch. Zahllose ermordete, zu Tode gequälte Häftlinge wurden rund um die Moorlager unregistriert verscharrt, oft in Massengräbern. Ein ehemaliger Häftling erinnerte sich: „Ich habe selber ermordete Kameraden auch außerhalb des Friedhofsgeländes verscharrt müssen. Ein-

mal buddelten wir draußen ein Loch, aber da lag schon einer drin.“ Darüber habe niemand Buch geführt.

Auch nach 1936 wurden in Esterwegen politische Häftlinge ermordet. So wurden am 1. September 1943 40 belgische Widerstandskämpfer vom Volksgerichtshof unter seinem berüchtigten Vorsitzenden Freisler zum Tode verurteilt; am 22. April 1945 wurden kurz vor der Befreiung durch die Engländer durch ein „fliegendes Standgericht“ noch 350 Gefangene ermordet. Aber für die Herren von der Bezirksregierung scheinen diese Verbrechen nichts Anstößiges zu haben; ja sie rechtfertigen gar die Verbrechen als — Strafen „durch ordentliche Gerichte nach den bestehenden Gesetzen“. Man kennt diesen Standpunkt vom Ex-Landesvater und Ex-Blutrichter Filbinger: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Nur zu natürlich scheint es da schließlich, daß die Bezirksregierung das Wissen um die begangenen Verbrechen nicht über einen Kreis „bestimmter interessierter Personen“ hinaus gelangen lassen möchte.

Wie sehr muß diese Bezirksregierung sich mit der in den Moorlagern verübten Barbarei verbunden fühlen, daß sie selbst schon ein charakteristisches Merkmal der Mörder zeigt: das Bemühen nämlich, die Spur der Verbrechen zu verwischen, die Erinnerung daran auszulöschen...

Die Handlungsweise der Bezirksregierung war allerdings selbst für bundesrepublikanische Verhältnisse etwas zuviel. Nach heftigen Protesten sah sich die niedersächsische Landesregierung gezwungen, sich öffentlich von der Handlungsweise der Bezirksregierung zu distanzieren.



Zu den Häftlingen des Lagers Esterwegen gehörte auch der Publizist und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky, der an den Folgen der im Lager erlittenen Quälereien starb.

## Neues über Papst Paul VI.

### Nicht nur Arthritis

Der 1978 verstorbene Giovanni Battista Montini alias Papst Paul VI. fiel mitunter durch einen etwas schwerfälligen Gang auf. Die Ursache dieser Gangart ist nun bekannt geworden. Das verblichene Oberhaupt der katholischen Kirche trug unter seinen Gewändern manchmal heimlich eine Dornenkrone um den hageren Leib.

Die Enthüllung machte Pauls einstiger persönlicher Sekretär Pasquella Macchi vor Pilgern während einer Gedenkfeier im Mailänder Dom. Seit seiner Jugend, erzählte Macchi, habe Giovanni Battista Montini häufig eine Büsserkette getragen. Diese Kette mit spitzen Dornen, die sich ins Fleisch eingrub, legte Paul VI. zum letzten Mal bei der Eröffnung des „Heiligen Jahres 1975“ an, als er die „Heilige Pforte“ öffnete. „Viele, die ihn in Rom oder in aller Welt auf dem Fernsehschirm sahen“, so Macchi, „bemerkten die Mühe, mit der der Papst voranschritt. Was sie nicht wußten war, daß nicht nur die Arthritis ihn plagte, sondern auch die Dornenkrone, die er sich zum Wohle der Kirche um den Leib geschlungen hatte.“

Ähnliche masochistische

Züge zeigten sich in Pauls Verhalten während eines Attentats auf den Philippinen, als ein Messerstecher ihn anfiel. „Seine Reaktion auf den Messerstich war ein Lächeln“, erzählte der einstige Sekretär während der Messe im Mailänder Dom, „und mich blickte er mit mildem Vorwurf an, weil ich den Attentäter, heftig zurückgestoßen hatte“. Die Verletzung blieb damals von der Öffentlichkeit unbemerkt.

Unter dem Goldglanz des päpstlichen Ornaments heimlich die Marter, die wollüstig blutende Wunde: ein treffenderes Bild für den immer finsternen Gehalt der christlichen Religion ließe sich kaum finden. Unter dem Orgelgedröhn, hinter dem Kirchenpomp und -prunk, diesseits der jenseitigen Wolkenkuckucksheime — die Leibfeindlichkeit, die Ablehnung des Lebens, die Propagierung von Schmerz und Tod als Heilmittel, die Perversion, der Wahn, die Finsternis, das fortwährende Mittelalter — das ist das Wesen dieser Religion. Alle zur Schau getragene Aufgeklärtheit kann darüber nicht hinwegtäuschen.



Samstag, 6. Oktober 19.00 Uhr, DDR-Fernsehen II  
**Herr Puntilla und sein Knecht Matti.** Stück von Bert Brecht.

Samstag, 6. Oktober, 20.15 Uhr, ARD

**Moral.** Komödie von Ludwig Thoma. Das Stück, das die Herren eines „Sittlichkeitsvereins“ aufs Korn nimmt, ist eine beißende Satire auf die verlogene Moral des Großbürgertums.

Samstag, 6. Oktober, 20.15 Uhr, West III

**Avenue of the Americas.** Dokumentarfilm über die Wahl, die Regierungszeit und den Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende und die Rolle der USA bei diesen Ereignissen.

Sonntag, 7. Oktober, 14.55 Uhr, ZDF

**Der Vagabund.** Amerikanischer Stummfilm aus dem Jahr 1920 von und mit Charlie Chaplin

Mittwoch, 10. Oktober, 19.00 Uhr, Südwest III

**Barbara Kellerbauer.** Lieder, Balladen und andere Texte von Bertolt Brecht.

Mittwoch, 10. Oktober, 21.45 Uhr, ARD

**Thomas Mann — Die Buddenbrooks.** Ansichten zu einem Jahrhundertroman. Der Beitrag ist als Einführung in die elfteilige Buddenbrooks-Fernsehserie gedacht, die am nächsten Montag startet.

Mittwoch, 10. Oktober, 22.05 Uhr, Nord III

**Die große Illusion.** Antimilitaristischer Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoir aus dem Jahr 1937.

Freitag, 12. Oktober, 21.00 Uhr, Nord III

**Skanderbegs Erben.** Albanien 35 Jahre nach der Befreiung.



Mitte September 1979: Polizeiexperten aus der Volksrepublik China posieren mit westdeutschen Schnüffelstrategen im Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA). Zwei Wochen lang haben sie die hochentwickelten Polizei- und Überwachungstechniken in diesem westdeutschen Zentrum der Unterdrückung studiert. Der Eifer steht ihnen noch auf dem Gesicht geschrieben. In den Händen halten sie Notizbuch und Bleistift; sie haben das Gesehene und Gehörte gewissenhaft festgehalten, um es zu Hause in China bei der Unterdrückung des Volkes ebenfalls anwenden zu können. — Im BKA scheinen sich überhaupt die Unterdrückter und Ausbeuter unterschiedlichster Nationalität und Färbung ein Stelldichein zu geben. Vor den Chinesen waren im BKA zu Gast: Herren aus Taiwan, Tunesien, der Türkei und Indonesien, ein chilenischer General, ein russischer General und Libyens Staatschef Gaddafi.

## Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag  
Roter Morgen  
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Unterschrift: ..... Datum: .....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich ☐ halbjährlich  
DM 60,— DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



## Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53,

geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.:

0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heer-

str. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa

10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen

„Neue Zeit“, Kaslostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi

12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellin-

hofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr

14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei:

„Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo

bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei:

Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 /

77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa

9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet:

Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20,

Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-

Thalman-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen

„Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr

15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46,

Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi

9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue

Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr

15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhofer-

straße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa

9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103,

Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107

Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buch-

laden „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66,

geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.